

KONTRASTE

Nummer 4, April 2005

**PRESSE- UND
INFORMATIONSDIENST
FÜR SOZIALPOLITIK**

ARBEITSLOSIGKEIT INTERNATIONAL

Wie andere Nationen mit ihren Beschäftigungsproblemen umgehen:	
Arbeitsmarktpolitik im Vergleich	3
Schützt Bildung vor Arbeitslosigkeit?	6
Auswirkungen der Hartz-Reformen in Deutschland	8
Der deutsche Arbeitsmarkt bleibt gespalten	10
Workfare - nicht nur Welfare	12
Solidarität auf dem Arbeitsmarkt am Beispiel von Jugendlichen und Roma	13
Probleme Jugendlicher bei der Lehrstellensuche	18
Transit-Arbeit	22
Arbeitslose vertreten sich selbst	23

SPEKTRUM

Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Österreich	26
Jobfrust weiblich?	28
Sozialstaat ist leistbar	28

BUCHTIPPS

30

VERANSTALTUNGEN

31

Liebe Leserin, lieber Leser!

Arbeitslosigkeit ist gewissermaßen ein „Dauerbrenner“ (nicht nur) unserer Berichterstattung, was angesichts der Datenlage allerdings kaum verwunderlich ist: So waren in Österreich im März 272.634 Personen arbeitslos gemeldet, um zwei Prozent mehr als im März 2004. Inklusive in Schulung befindlicher Personen waren 324.000 ÖsterreicherInnen ohne Arbeit. Auch international bleibt die Lage am Arbeitsmarkt angespannt. So wies etwa Frankreich im Februar den höchsten Bestand an Arbeitslosen seit fünf Jahren auf und die Arbeitslosenquote ist auf über zehn Prozent geklettert. Ähnlich in Deutschland, wo derzeit über 5,1 Millionen Menschen ohne Job sind, um rund 630.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Politik ist weitgehend ratlos. So hat die Umsetzung des Hartz-Konzepts in Deutschland, ursprünglich als Jahrhundert-Reform angekündigt, bislang nicht den erwünschten Effekt - nämlich einen deutlichen Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen - erbracht. Durch staatliche Leistungsreduktionen erhöht sich zwar der Druck auf Arbeitslose, auch unterbezahlte Stellen - so vorhanden - anzunehmen, eine Verbesserung ihrer materiellen Situation und damit eine Erhöhung der Massenkaufkraft wird dadurch jedoch kaum bewirkt. Eine solche wäre allerdings notwendig, um den von politisch Verantwortlichen und Wirt-

schaftsweisen unisono beschworenen Konjunkturaufschwung auch tatsächlich herbeizuführen, der dann die erhoffte Entlastung am Arbeitsmarkt bewirken könnte. Auch Investitionen in die Infrastruktur (etwa in Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung) würden zu dieser Entlastung beitragen. Dies ist natürlich bekannt, auch in Brüssel: Beim letzten EU-Gipfel Ende März wurde die Verbesserung der Infrastruktur als wesentliche beschäftigungspolitische Maßnahme genannt, weiters wurde in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates die Bedeutung von Forschung und Innovation, der Aus- und Weiterbildung sowie des Europäischen Sozialmodells insgesamt hervorgehoben.

Den Worten müssen Taten folgen. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern vor allem auch ein gesellschaftspolitisches Problem. Arbeitslosigkeit führt zu Identitätskrisen, Perspektivlosigkeit, Resignation und politischer Apathie. Die Akzeptanz der politischen Institutionen steht auf dem Spiel, wenn es nicht gelingt, insbesondere die jüngere Generation in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine Aufgabe, die zu wichtig ist, als dass man sie an mangelnder Mittelbereitstellung scheitern lassen darf, meint

Ihre

KONTRASTE-Redaktion

Tagung: Der Erfahrung einen Wert geben! Neue Wege in den Gesundheits- und Sozialberufen

Der Großteil unserer Kompetenzen ist auf Lebenserfahrung (learning by doing) zurückzuführen, nur ein Drittel auf formelle Lernwege. Eine Binsenweisheit oder doch eine Chance, um Menschen für die Gesundheits- und Sozialberufe zu gewinnen? Die sozialen Dienste profitieren von den Erfahrungen in besonderer Weise, würdigen sie jedoch kaum. Die Tagung setzt sich daher zum Ziel, neue Wege der Anerkennung zu erschließen.

Wie aber ist das Erfassen und Bilanzieren von Kompetenzen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung zu bewerten? Anhand aktueller Beispiele aus dem europäischen Kontext soll deren Bedeutung für Österreich erörtert werden. Daneben werden Projekte aus den Bundesländern präsentiert, um einen Einblick in die österreichische Praxis zu bekommen.

Termin: 18. Mai 2005, 9:30 bis 15:30 Uhr

Ort: Leopold-Ungar-Haus/Elisabethsaal, Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien

Veranstalter: AMS Österreich und Österreichische Caritaszentrale

Anmeldungen bis 8. Mai 2005 unter www.abif.at oder Mail an office@abif.at oder Tel. 01/522 48 73

Wie andere Nationen mit ihren Beschäftigungsproblemen umgehen: Arbeitsmarktpolitik im Vergleich

Ein Blick ins europäische Ausland sowie in die USA zeigt, dass sich Arbeitslose international auf sehr unterschiedliche Leistungen einstellen müssen. Ebenso unterschiedlich sind die Konzepte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die EU-Staaten Schweden und die Niederlande gelten vielfach als Vorbilder für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik. Während man in Schweden vor allem mit Zeitkonten und umfangreichen Kinderbetreuungsangeboten gegen die Arbeitslosigkeit ankämpft, setzt das niederländische Arbeitsministerium primär auf Weiterbildung und Flexibilität. Da manche aufgrund der relativ niedrigen Arbeitslosenquote auch der US-Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik positive Seiten abgewinnen, werden alle drei Länder im Folgenden näher betrachtet.

Schweden

Die Arbeitsmarktpolitik der schwedischen Regierung folgt der Grundidee, dass die Beschaffung eines Arbeitsplatzes Priorität gegenüber Beschäftigungsprogrammen oder finanziellen Hilfestellungen hat. Nur wenn die Behörden keinen Arbeitsplatz finden, sollen den Arbeitslosen angemessene Praktika, Aus- oder Fortbildungen vermittelt werden, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern. In diesem Rahmen hat sich die schwedische Regierung nach eigenen Angaben drei Zielen verschrieben: Arbeitslosen Arbeit sowie Arbeitgebern Arbeitskräfte zu verschaffen, den Mangel an Arbeitsplätzen zu beseitigen und jenen aktiv zu helfen, die keine Arbeit finden. Hierzu wurde eine umfassende Arbeitsmarktpolitik entwickelt.

Wer kürzlich seine Arbeit verloren hat, kann sich einer intensiven, gesetzlich vorgeschriebenen Unterstützung durch die Behörden gewiss sein. In enger Zusammenarbeit werden die persönlichen Qualifikationen analysiert. Passende Weiterbildungsmöglichkeiten werden entsprechend dem Bedarf potenzieller Arbeitgeber ausgewählt, damit die Arbeitsuchenden nach einer langen Umschulung in der falschen Branche nicht wieder chancenlos dastehen. Ihnen können in dieser Zeit auch staatliche Ausgleichszahlungen zustehen – während der Arbeitslosigkeit für den Teil des früheren Gehalts, der über die maximale Arbeitslosenhilfe hinausgeht, und

selbst noch im neuen Job, wenn der/die Betroffene weniger verdient als zuvor.

Aus der schwedischen „Arbetslöshetsförsäkring“ erhalten Arbeitslose bis zu 60 Wochen Unterstützung; je nachdem, wie lange sie schon versichert sind. Das sind 125 bis 305 Euro pro Woche. Nach Ablauf dieser Frist bleibt nur noch die Sozialhilfe. Sie beträgt für Alleinstehende monatlich 305 Euro. Zusätzlich steht ihnen Wohngeld zu. Wie in vielen anderen Staaten müssen Sozialhilfeempfänger ihr Vermögen vorher aufgebraucht haben.

Relativ streng kontrolliert werden Menschen im erwerbsfähigen Alter, die wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit finanzielle Hilfe vom Staat beanspruchen. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren weiter angestiegen, was in Schweden zunehmend als Problem angesehen wird. Wann immer es möglich ist, wird versucht, sie in irgendeiner Form zu beschäftigen. Oft sind in kollektivvertraglichen Vereinbarungen Zeitkonten vorgesehen. Das bedeutet, dass man Arbeitsstunden sammeln kann, wenn die Auftragslage der Firma es erfordert, und diese später für die Weiterbildung nutzen kann.

Ein entscheidender Unterschied zu Österreich und Deutschland ist die hohe weibliche Erwerbsquote. 72,5 Prozent der schwedischen Frauen sind erwerbstätig, viele von ihnen in Vollzeit. Möglich ist das nur durch die umfangreichen Kinderbetreuungsangebote: Fast die Hälfte der Kinder bis drei Jahren wird in Kindergärten oder Kindertagesstätten versorgt. Zum Vergleich: In Deutschland sind es nur zehn Prozent.

All diese Maßnahmen haben zumindest vorübergehend zu Erfolgen geführt. Schweden übertrifft sämtliche von der Projektgruppe „Beschäftigung“ der EU aufgestellten Ziele. Die Arbeitslosenquote hatte sich nach ihrem Höchststand von 9,9 Prozent im Jahre 1997 in den folgenden fünf Jahren mehr als halbiert; auch der Anteil

der Langzeitarbeitslosen war 2002 mit einem Prozent nur mehr halb so hoch wie 1997. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosenquote allerdings wieder bis auf 6,6 Prozent im Juni 2004 angestiegen.

Niederlande

Auch die Niederlande stehen im internationalen Vergleich trotz negativer Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit relativ gut da. Zwischen 1990 und 2002 ist die Beschäftigungsquote um 20 Prozent gestiegen. Im EU-Durchschnitt stieg sie im gleichen Zeitraum nur um acht Prozent.

Bewährt hat sich nach Meinung der EU-Projektgruppe „Beschäftigung“ vor allem das niederländische Konzept zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Es existieren unterschiedlichste Formen von Arbeitsverträgen, in denen Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sorgfältig abgewogen werden. Grundsätzlich werden alle Arbeitnehmer trotz unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse gleich behandelt. Alle sollen Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten haben, Anspruch auf Kranken- und Beschäftigungsversicherung sowie auf Sozialschutz. Allerdings existiert eine Art „doppelter Arbeitsmarkt“: Wenn ein Arbeitsverhältnis ein gewisses Maß an Stabilität gewonnen hat, muss dies im Arbeitsvertrag positiv zum Ausdruck kommen – Berufsneulinge werden so benachteiligt. Dass Arbeitnehmer sich beruflich weiterbilden, wird intensiv gefördert. Versuchsweise wurden im vergangenen Jahr „individuelle Lernkonten“ eingeführt. Dabei handelt es sich um Sparkonten, auf die Arbeitnehmer, unterstützt von der öffentlichen Hand oder auch von Unternehmen, Geld einzahlen können. Dieses wird später in Weiterbildungsmaßnahmen investiert.

In der so genannten „Herbstvereinbarung“ von 2003 wurden von der Regierung und den Sozialpartnern für 2004 eine Nullrunde und für 2005 nur geringfügig erhöhte Löhne vereinbart. Zugleich wurde die zwischenzeitlich ausgesetzte Anpassung der Leistungszahlungen an die allgemeine Lohnentwicklung wieder eingeführt. Bei vielen Arbeitnehmern kamen diese Maßnahmen verständlicherweise nicht gut an.

Auch über die Steuerpolitik haben die Niederländer ihrem Arbeitsmarkt Impulse gegeben. Mit der Steuerre-

form von 2001 führten sie eine Steuergutschrift für Arbeitnehmer ein, die niedrig entlohnten Beschäftigungen nachgehen, sowie für Arbeitslose, die eine Stelle annehmen, die ihnen die Behörden anbieten. Die Situation der jüngeren Arbeitnehmer wurde dadurch verbessert, dass ihre Beiträge besonders niedrig sind.

In den Niederlanden hat Zeitarbeit einen großen Stellenwert. Das Beschäftigungsverhältnis zwischen Zeitarbeitsfirma und Zeitarbeitnehmer hat hier dieselbe Rechtsnatur wie ein normaler Arbeitsvertrag. Ein Zeitarbeitnehmer hat regulären Anspruch auf Sozialschutzleistungen. Sobald er länger als 18 Monate beim selben Unternehmen gearbeitet hat, erhält er bei der Zeitarbeitsfirma einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit Kündigungsschutz. Seit 2003 brauchen Zeitarbeitsfirmen keine Zulassung mehr und die Entleihdauer von Arbeitskräften ist nicht mehr begrenzt. Zusätzlich zu ihrer klassischen Funktion beteiligen sich die Zeitarbeitsfirmen auch an Ausbildungsaktivitäten, an der Arbeitsmarktintegration und an der Kinderbetreuung.

Bekannt sind die Niederlande für den mit 44 Prozent außergewöhnlich hohen Anteil von Teilzeitarbeit, die höchste Quote in der EU. Dem Arbeitsmarkt gibt diese Form der Beschäftigung dadurch Impulse, dass sie die Erwerbsquote, vor allem der Frauen, erhöht. Auch hält sie viele Ältere länger im Erwerbsleben, so dass die Beschäftigungsquote der Älteren deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Teilzeitbeschäftigte verdienen allerdings wesentlich weniger als Vollzeitbeschäftigte und das niedrigere Lohnniveau schlägt auch auf viele Lohnersatzleistungen durch.

Insgesamt gesehen stellt sich die Frage, ob nicht auch der Erfolg der niederländischen Arbeitsmarktpolitik nur ein vorübergehender ist. Denn seit 2002 stagniert der Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren ist erstmals seit langem die Zahl der Arbeitsplätze gefallen sowie die Arbeitslosigkeit rapide angestiegen, vor allem unter den Jugendlichen. Die offizielle Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent (Mai 04) zählt allerdings nach wie vor mit zu den niedrigsten in den EU-Staaten.

USA

Genau zwischen den Quoten der Niederlande und Schwedens lag im Sommer 2004 die Arbeitslosenquote

der USA. Hier waren im Juli 5,5 Prozent arbeitslos. Doch allein aus der Größe des Landes erschließt sich, dass die Ausgangssituation hier eine ganz andere ist.

Traditionell ist der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft sehr gering. Er wurde zudem in den letzten Jahren weiter kontinuierlich reduziert. Nur 0,38 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden in die Arbeitsmarktpolitik investiert, eine Quote, die im OECD-Bereich nur noch von Großbritannien (0,37%) unterboten wird. Das soziale Netz in den USA ist dementsprechend kaum mit dem europäischer Staaten zu vergleichen. Allerdings gibt es Arbeitslosenversicherungen, für die in der Regel der Arbeitgeber aufkommt. Der Beitragssatz verändert sich mit dem Entlassungs- und Einstellungsverhalten. So sollen die Unternehmen motiviert werden, ihre Mitarbeiter zu halten bzw. neue einzustellen.

Wie grobmaschig das soziale Netz ist, zeigt sich bei den verpflichtenden Sozial- und Rentenversicherungsbeiträgen. Sie gewährleisten einem Großteil der Bevölkerung, der sich eine zusätzliche Absicherung nicht leisten kann, im Bedarfsfall nur das lebensnotwendige Existenzminimum. Und solch ein Bedarfsfall kann schnell eintreten: Einen staatlichen Kündigungsschutz gibt es nicht. Das berühmte-berüchtigte „Hire and Fire“-Prinzip wird höchstens von individueller Rechtsprechung und Regelungen in den Einzelstaaten durchbrochen.

Einmal arbeitslos geworden, muss der Einzelne flexibel sein und sich auch auf gering bezahlte Stellen unter seinem Qualifikationsniveau einlassen. „Unemployment Benefits“ werden maximal sechs Monate lang gezahlt. Ihre Höhe schwankt je nach Bundesstaat und vorherigem Einkommen zwischen fünf und 760 Dollar pro Woche. Wer nach sechs Monaten noch keinen neuen Job hat und nicht auf Ersparnisse zurückgreifen kann, ist auf die magere Sozialhilfe angewiesen.

Der Anspruch auf Sozialhilfe wurde mit der großen Sozialhilfereform unter Bill Clinton 1996 scharf begrenzt – sowohl in zeitlicher Hinsicht auf maximal fünf Jahre als auch hinsichtlich der Zumutbarkeit. Sozialhilfe wird als Notlösung angesehen, die möglichst vermieden werden soll. Die Zahl der Empfänger zu drücken war das Ziel des in den USA als vorbildlich geltenden Programms „Wisconsin Works“ im Bundesstaat Wisconsin. Dort gibt es seit 1997 praktisch keine Sozialhilfeempfänger mehr. Denn jeder ist verpflichtet, eine Stelle anzunehmen, die ihm die Behörden entsprechend seinen persönlichen Fähigkeiten zuweisen. Neben dem Arbeitseinkommen gibt es Sozialleistungen, die oft aus Steuergutschriften oder Lebensmittelmarken bestehen.

Armut ist in den reichen USA ein großes Problem – selbst unter der arbeitenden Bevölkerung. Für gering qualifizierte Arbeitskräfte bieten sich Beschäftigungsmöglichkeiten zu Niedriglöhnen wie in Europa, wenn

Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik in Europa

Mit nur 0,53 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik zählt Österreich zu den Schlusslichtern in Europa. Im vergleichbaren Schweden verfügt die Arbeitsverwaltung über rund fünfmal soviel Mittel und rund doppelt soviel Personal für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Während in Schweden durchschnittlich acht Stunden Betreuungs- und Beratungszeit pro Arbeitsuchenden während der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen, sind dies in Österreich aus Personal-mangel nur etwas mehr als zwei Stunden. Dem AMS fehlen rund 500 MitarbeiterInnen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung, kritisiert die Arbeiterkammer.

Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik 2002

Land	Ausgaben in % des BIP
Niederlande	1,85
Dänemark	1,58
Schweden	1,40
Belgien	1,25
Frankreich	1,25
Deutschland	1,18
Irland	1,14
Finnland	1,01
Spanien	0,87
Portugal	0,61
Italien	0,57
Schweiz	0,53
Österreich	0,53
Großbritannien	0,37

Quelle: OECD 2004

überhaupt, nur auf dem Schwarzmarkt. Diese „working poor“ sind in der Regel nicht einmal Teilzeit-Beschäftigte. In Teilzeit arbeiten mit 13 Prozent nur sehr wenige Amerikaner; meist Ältere, die sich auf den Ruhestand vorbereiten oder Jüngere, die so ihre Ausbildung finanzieren. Eine staatliche Maßnahme gegen die Verarmung der Arbeitenden ist der „Earned Income Tax Credit“ von 1999, der Arbeitnehmer unterhalb einer gewissen Einkommensschwelle von der Steuer befreit und ihnen einen Zuschuss von staatlicher Seite gewährleistet.

Leistungen für Arbeitslose in Frankreich, Großbritannien und Dänemark

In *Frankreich* verharrte die Arbeitslosigkeit im Februar dieses Jahres auf dem höchsten Stand seit fünf Jahren. Die Zahl ist saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat um 4.000 auf 2.768 gestiegen, teilte das französische Arbeitsministerium Ende März mit. Die Arbeitslosenquote lag damit weiter auf dem im Jänner erreichten Fünfjahreshoch von 10,1 Prozent und hat sich damit der westdeutschen Rate von gegenwärtig 10,3 Prozent angenähert.

Doch nicht nur die Arbeitslosenquoten von Deutschland und Frankreich sind ähnlich, auch der Leistungsumfang der französischen Arbeitslosenversicherung gleicht den deutschen Bestimmungen vor den Hartz-Reformen: Vier bis 60 Monate lang wird Arbeitslosengeld gezahlt; etwa 60 Prozent des letzten Gehalts. Damit sich Arbeitslose rasch eine neue Stelle suchen, wird der Betrag

alle vier Monate um jeweils rund 15 Prozent verringert, bis die Untergrenze von etwa 480 Euro erreicht ist. Langzeitarbeitslose bekommen zeitlich unbegrenzt Arbeitslosenhilfe, monatlich knapp 400 Euro.

In *Großbritannien* hingegen haben Arbeitslose nur sechs Monate lang Anspruch auf ein relativ niedriges Arbeitslosengeld. Alleinstehende über 25 Jahre beispielsweise erhalten umgerechnet 71 Euro pro Woche, Jüngere nur 56 Euro. Anschließend können sie Sozialhilfe in gleicher Höhe bekommen, auf die allerdings wie in Schweden das Vermögen angerechnet wird. Für jeweils 350 Euro der Ersparnisse werden oberhalb des Freibetrages von 4.200 Euro jede Woche rund 1,40 Euro abgezogen. Bei Bedürftigkeit sind Wohngeld, Kleidergeld und Zuschüsse für andere Grundbedürfnisse möglich.

Besser abgesichert sind Arbeitslose in *Dänemark*. Sie erhalten normalerweise ein Jahr lang Arbeitslosengeld in Höhe von maximal 370 Euro wöchentlich. Wenn sie danach noch keinen Job gefunden haben, müssen sie an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, um noch maximal dreieinhalb Jahre weiter Leistungen beziehen zu dürfen. Andernfalls erhalten sie nur die um 20 bis 40 Prozent niedrigere Sozialhilfe, gegen die bis auf einen Freibetrag von 1.342 Euro das gesamte Vermögen aufgerechnet wird.

Quellen: Juliane Matthey: Arbeitslosigkeit international, in: www.br-online.de, 17.8.2004; Der Standard, 1.4.2005; <http://wien.arbeiterkammer.at>

Schützt Bildung vor Arbeitslosigkeit?

Wer einen Hochschulabschluss hat, verliert seltener seinen Job. So lautet das Ergebnis einer europäischen Arbeitskräfteerhebung. Eine Arbeitsplatzgarantie bedeutet die Absolvierung eines Studiums dennoch nicht, auch die Akademikerarbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen.

Demnach waren laut Arbeitskräfteerhebung vom 2. Quartal 2003, deren Ergebnisse das deutsche statistische Bundesamt Ende Jänner veröffentlichte, unter den EU-Bürgern mit einfachem Bildungsniveau 12,3 Prozent arbeitslos, aber nur fünf Prozent der Uni-Absolventen. In Österreich beträgt die Arbeitslosigkeit unter Akademikern 1,9 Prozent, während 7,9 Prozent der Personen ohne Hochschulabschluss keine Arbeit haben.

Damit hat Österreich hinter Ungarn (1,4 Prozent) die zweitniedrigste Akademikerarbeitslosigkeit in der EU.

Unter einem einfachen Bildungsgrad wird bei diesen Angaben höchstens eine Schulbildung bis zur mittleren Reife ohne Abschluss einer Berufsausbildung im dualen System oder einer Berufsfachschule verstanden. Eine Berufsbildung oder Matura werden als mittleres,

ein Hochschul- oder vergleichbarer Abschluss als höheres Bildungsniveau gewertet.

Unterschiedliche Abstände

Das Muster eines mit der Höhe des erworbenen Abschlusses deutlich sinkenden Arbeitslosigkeitsrisikos zeigt sich der Studie zufolge in allen 25 EU-Staaten. Allerdings sind die Abstände zwischen den Bildungsniveaus sehr unterschiedlich. Während etwa in Portugal der Abstand zwischen einfach und höher Gebildeten mit 5,3 Prozent gegenüber 6,1 Prozent am geringsten ausfiel, war in der Slowakei das Risiko der Arbeitslosigkeit bei einfacher Bildung (47 Prozent) mehr als zehn Mal so hoch wie mit einer höheren Bildung (4,4 Prozent). Generell sind die Abstände in Osteuropa relativ hoch und in Südeuropa eher gering. In zwei südeu-

ropäischen Ländern (Portugal, Griechenland) ist die Arbeitslosigkeit bei mittlerer Bildung sogar etwas höher als bei einfacher Bildung.

Anstieg bei AkademikerInnen

Ein Hochschulabschluss sei aber trotz des niedrigeren Risikos, arbeitslos zu werden, keineswegs eine Arbeitsplatzgarantie, so die Statistiker. Obwohl der Anteil der arbeitslosen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen nach wie vor deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote liegt, ist deren Zahl konstant im Steigen begriffen. So waren etwa in Deutschland im Jahr 2003 knapp 30.000 Akademiker mehr ohne Job als im Vorjahr, womit sich die Zahl der arbeitslosen Uni- und Hochschulabsolventen auf rund 250.000 erhöhte.

Anteil Arbeitsloser an allen Erwerbspersonen nach dem erreichten Bildungsniveau

Land	Arbeitslosenquoten in %			
	einfaches Bildungsniveau	mittleres Bildungsniveau	höheres Bildungsniveau	Gesamt
Österreich	7,9	3,5	1,9	4,1
Zypern	4,8	4	3,8	4,1
Irland	7	3,9	2,8	4,5
Großbritannien	8,9	4,8	2,5	4,8
Dänemark	8,9	4,4	4,8	5,4
Schweden	8,6	5,3	3,5	5,6
Ungarn	12,3	5,4	1,4	5,8
Portugal	6,1	6,7	5,3	6,1
Slowenien	10,3	6,2	3,7	6,5
Malta	8,2	7,2	3,7	7,5
Tschechien	21,9	6,9	2,1	7,5
Belgien	11,6	8	3,8	7,7
Frankreich	12,1	7,5	5,7	8,4
Griechenland	7,3	11,9	6,2	8,9
Italien	10,5	8,1	5,6	8,9
EU-Durchschnitt	12,3	9,6	5	9
Deutschland	15,7	10	5	9,8
Finnland	18,3	10,9	4,2	10,5
Lettland	16,9	10,2	6,2	10,6
Estland	17,6	12,2	5,2	10,7
Spanien	12,7	11,5	8,1	11,1
Litauen	21,4	13,7	6,4	12,9
Slowakei	47	15,9	4,4	17,1
Polen	26,1	20,8	7,1	19,4

Ergebnisse der EU-Arbeitskräfteerhebung im 2. Quartal 2003. Für die Niederlande sind keine, für Luxemburg keine zuverlässigen Daten verfügbar. Quelle: Destatis

Auch in Österreich konnte eine Zunahme unter arbeitslosen Akademikern registriert werden. So entfielen zwar 84,2 Prozent der im Dezember registrierten Arbeitslosen auf Personen ohne abgeschlossene Schule sowie Personen mit Pflichtschulabschluss oder Lehrabschluss. Während die Arbeitslosigkeit vor allem bei Personen mit mittlerer Schulbildung, Lehrabschluss und höherer schulischer Ausbildung abnahm, wurde bei Akademikern ein deutlicher Anstieg verzeichnet. Demnach waren im Dezember 2004 6,6 Prozent bzw. 597 Akademiker im Jahresvergleich mehr ohne Job.

Spanien mit Negativrekord

Trauriger Spitzenreiter bei der Akademiker-Arbeitslosigkeit war nach Angaben des Bundesamtes 2003 Spanien mit einem Prozentsatz von 8,1 Prozent. Am besten platzierte sich hier Ungarn mit einer niedrigen Arbeitslosenquote von 1,4 Prozent bei den Hochschulabsolventen.

Bei den Beschäftigten mit mittlerem Bildungsniveau hat Polen mit 20,8 Prozent die höchste Erwerbslosenquote, Österreich mit 3,5 Prozent die niedrigste. Einfach gebildete Menschen haben die schlechtesten Chancen in der Slowakischen Republik (47 Prozent Arbeitslosenquote), gefolgt von Polen und Tschechien mit gleichfalls Werten über der 20-Prozent-Marke. Dies deutet darauf hin, dass im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch befindliche, ehemals industriell

geprägte Staaten wie eben die osteuropäischen Staaten besonders große Probleme dabei haben, niedrig Qualifizierten eine berufliche Perspektive zu bieten, berichteten die Statistiker.

Jährliche Erhebungen

Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung, die in den Mitgliedstaaten der EU zumindest einmal jährlich in vergleichbarer Weise durchgeführt wird. Die Erhebung misst Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, das aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet ist.

Arbeitslos im Sinne dieses Konzepts ist, wer über 15 Jahre alt ist und derzeit keiner bezahlten oder selbstständigen Tätigkeit nachgeht, obwohl er oder sie aktiv nach einer solchen Tätigkeit sucht und bereit wäre, diese innerhalb der nächsten zwei Wochen aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote errechnet sich als Anteil der Arbeitslosen an der Summe von Arbeitslosen und Erwerbstätigen.

Quellen: Keine Arbeitsplatzgarantie, in: orf on, 26.1.05; Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit...!? in: ZukunftsBranchen, Februar 2005

Auswirkungen der Hartz-Reformen in Deutschland

Die Hartz-Reformen sollten Beschäftigung schaffen – doch die Arbeitsmarktlage in Deutschland bleibt angespannt. Kann man bereits von einem Fehlschlag sprechen?

Das ursprünglich als „Jahrhundert-Reform“ gefeierte Hartz-Konzept hat bislang offenbar keinen Erfolg gebracht, konstatiert die Zeit-Autorin Ulrike Meyer-Timpe. In ihrer Kritik hält sie sich unter anderem an Johann Eekhoff, Professor an der Universität Köln und Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik. Seine Bilanz: „Die Arbeitsmarktreformen sind im Wesentlichen gescheitert.“ Eekhoff geht davon aus, dass sich viele der subventionierten Ich-AGs bald als Flops erweisen würden. Und über die nunmehr forcierten Mini- und Ein-Euro-Jobs würde kaum jemand wieder eine re-

guläre Stelle finden, mit der er seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann.

Hartz-Reformen für Baubranche kontraproduktiv

In der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg sind rund 1.200 mittelständische Betriebe organisiert. Deren Hauptgeschäftsführer Wolf Burkhard Wenkel hält, was die Baubranche betrifft, die Hartz-Reformen für „völlig kontraproduktiv“. Insbesondere die Förde-

zung der Ich-AG sei „im Baubereich total absurd“. Ein regulär beschäftigter Mitarbeiter kostet 25 bis 30 Euro pro Stunde. Verdingt er sich aber als Selbstständiger, so zahlt sein Chef nur noch 15 bis 20 Euro für ihn. Um im Konkurrenzkampf in der Krisenbranche bestehen zu können, entstehe daher ein erheblicher ökonomischer Druck, Leute zu entlassen, sagt Wenkel. Die Stellen würden dann eins zu eins mit Scheinselbstständigen besetzt.

Ähnlich negativ wie die Ich-AGs sieht Wenkel die Minijobs. Es sei inzwischen gängiges Prinzip, auf dem Bau mit geringfügig Beschäftigten zu arbeiten. Wenn der Zoll nach Schwarzarbeitern fahndet, erscheint das Arbeitsverhältnis legal. Wer will den Minijobbern ihre Stundenzahl nachweisen? Tatsächlich arbeiten viele von ihnen nicht maximal 15 Stunden pro Woche, wie es die Regelung vorsehen würde, sondern Vollzeit und werden schwarz bezahlt. Insofern erscheint es wenig verwunderlich, dass auf dem Bau die Zahl der regulären Arbeitskräfte immer weiter sinkt.

Die Zahl der Minijobs ist bis Ende 2004 enorm bis auf 7,3 Millionen angestiegen, nur 400.000 dieser Jobs werden in Privathaushalten ausgeübt. Einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge hat die Reform die Einnahmen der Sozialsysteme und des Finanzamts in Summe um etwa eine Milliarde Euro geschmälert. Eine nennenswerte Reduzierung der Arbeitslosigkeit wurde dadurch nicht erreicht. Der Grund: Vor allem Schüler und Studenten, Rentner und bisherige Hausfrauen sind geringfügig beschäftigt. Zudem nutzen viele die Konstruktion für einen Zweitjob – 840.000 Menschen allein im ersten Jahr nach dem Start. Hingegen sind die Mini-Jobs für Arbeitslose nicht attraktiv, da sie nur einen Bruchteil des Einkommens behalten dürfen.

Und die Ein-Euro-Jobs, die es seit Herbst des Vorjahres gibt? Die Ein-Euro-Jobber dürfen nur in gemeinnützigen Institutionen arbeiten, in denen es keine entsprechenden regulären Stellen gibt. Eine reale Chance, fix übernommen zu werden, besteht nicht. Allerdings wird befürchtet, dass durch die Dumpinglöhne reguläre Arbeitsplätze in anderen Bereichen gefährdet sind. So würden etwa in Koblenz öffentliche Aufträge unter 10.000 Euro nicht mehr ausgeschrieben werden. Die entsprechenden Tätigkeiten würden nunmehr Ein-Euro-Jobber verrichten, vom Einpflanzen von Frühlingsblu-

men bis hin zur Renovierung von Kindergärten. Und die Kleinbetriebe der Stadt würden bereits Mitarbeiter entlassen, berichtet Stefan Sell, Professor an der Fachhochschule Koblenz. Für die Zukunft rechnet er mit weiteren „schleichenden Verdrängungseffekten“ auf Kosten des ersten Arbeitsmarktes: So könnten etwa Altenheimbetreiber vorsorglich weniger Personalkosten einplanen und dann Ein-Euro-Jobber für „zusätzliche“ Tätigkeiten anfordern, die anders angeblich nicht zu leisten wären.

Den neuen Jobformen aus der „Hartz-Schmiede“ ist Meyer-Timpe zufolge gemeinsam, dass sie zum einen kurzfristig Arbeitslose aus der Statistik katapultieren (auch wenn sie mittelfristig die Arbeitslosenzahlen steigen lassen), und dass sie zum anderen den Trend weg vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis, der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle, verstärken, deren Anteil ohnehin seit Jahren sinkt: Allein zwischen März 1992 und März 2004 schrumpfte die Zahl derartiger Stellen in Deutschland um fast 15 Prozent auf nur noch 22,1 Millionen. Die Folge: Immer weniger regulär Beschäftigte müssen die Sozialsysteme finanzieren. Also steigen die Beiträge, reguläre Arbeit wird immer teurer – und deshalb zusehends durch andere Beschäftigungsformen ersetzt. Ein Teufelskreis.

Auswirkungen von Hartz IV auf die Haushaltseinkommen

Doch nicht nur neue Job-Formen wurden von der Arbeitsgruppe um den ehemaligen VW-Manager Peter Hartz erdacht, auch die Sozialleistungen wurden modifiziert. Bei der letzten Stufe der Reformen, Hartz IV, wurden Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (vergleichbar der Notstandshilfe in Österreich) zur neuen Leistung „Arbeitslosengeld II“ zusammengelegt. In seiner jüngst veröffentlichten Studie „Arbeitslosengeld II und die Arbeitslosenhilfe: Gewinner und Verlierer“ berechnete der Berliner Ökonom Jan Schulte die Auswirkungen der Reform auf die Haushaltseinkommen der davon Betroffenen. Das zentrale Ergebnis: Paare ohne Kinder sind die häufigsten Verlierer der Hartz IV-Reform, Paare mit Kindern die zweithäufigsten. Über achtzig Prozent der Paare ohne und mehr als fünfzig Prozent der Paare mit Kindern müssen ab Januar 2005 mit weniger Geld als zuvor auskommen, der durchschnittliche Verlust für diese Haushalte beträgt rund 250 Euro.

„In den meisten Partnerschaften gibt es zwei Einkommensbezieher“, erläutert Schulte. Das Einkommen des Partners werde bis auf einen Freibeitrag auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. „Dies erklärt, warum nach meiner Berechnung Paare mit Kindern häufiger die Verlierer der Hartz IV-Reform sind, als die Beispielsrechnungen der Broschüre des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit suggerieren“, so Schulte. Da das Einkommen der Partner mit dem Arbeitslosengeld verrechnet werde, erhielten fast die Hälfte der Paare ohne Kinder und immer noch ein Drittel der Paare mit Kindern gar keine Zahlung mehr. In Ostdeutschland ist dieser Anteil, besonders bei den Familien mit Kindern, etwas größer als in Westdeutschland, da dort die Erwerbsbeteiligung der Frauen deutlich höher ist als im Westen. AlleinverdienerInnen mit Kindern würden von der Reform hingegen mehrheitlich profitieren, schon bei nur einem Kind ist das Arbeitslosengeld II in der Regel höher als die Arbeitslosenhilfe, die in diesen Familien meist die Haupteinkommensquelle war. Vor allem allein erziehende Eltern mit einem geringen Einkommen erhalten hinkünftig ein wenig mehr Geld, während solche mit einem bisher höheren Einkommen Einbußen hinnehmen müssen.

Viele Alleinlebende würden durch die Reform keine Einkommenseinbußen erleiden, so der Bericht. Die Zahlen der Verlierer und die der Gewinner gleichen sich hier aus. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Verlierer weit mehr verlieren als die Gewinner gewinnen: Der durchschnittliche Gewinn liegt bei knapp sechzig Euro, während der durchschnittliche Verlust über 150 Euro beträgt. Im Osten ist der Anteil der Verlierer deutlich höher als im Westen, in keiner Gruppe ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland größer.

Untersucht wurde auch, ob die Haushalte, die weiterhin Anspruch auf eine Zahlung haben, in einer „unangemessen großen Wohnung“ wohnen oder ein Vermögen besitzen, das über den Freibeträgen liegt. Dies ist kaum der Fall: Gerade ein bis zwei Prozent der betroffenen Haushalte überschreiten die Freibeträge, und die Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die in Miete wohnen, leben zum überwiegenden Teil in sehr bescheidenen und teilweise beengten Verhältnissen.

Quellen: Ulrike Meyer-Timpe: Von einem Flop zum nächsten, in: Die Zeit, 3.3.2005; Ilka Seer: Nur Verlierer bei Hartz IV? Pressemitteilung der FU Berlin, 16.12.2004

Der deutsche Arbeitsmarkt bleibt gespalten

Das Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik untersuchte die Flexibilität und Funktionsweise der Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland.

Auch mehr als 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der deutsche Arbeitsmarkt gespalten. Das zeigt sich nicht nur an den nach wie vor deutlich unterschiedlichen Arbeitslosenquoten in Ost und West. Gleichzeitig funktionieren die Arbeitsmärkte auch vollkommen anders. So offenbart der ostdeutsche Arbeitsmarkt seit Mitte der 90er Jahre weiterhin erhebliche Anpassungsprobleme. Dagegen funktioniert der Arbeitsmarkt im Westen besser als sein Ruf. So hat die Bedeutung arbeitgeberseitiger Entlassungen entgegen allen Vorstellungen von massivem Stellenabbau seit den 1980er Jahren nicht kontinuierlich zugenommen. Das zeigen Untersuchungen des Instituts Arbeit und Technik (IAT/Gelsenkirchen) zur Entwicklung von Kündigungen und Entlassungen in Ost- und Westdeutschland.

Im Westen werden jährlich - im Konjunkturverlauf unterschiedlich - zwischen 1,3 und 4,5 Prozent der Beschäftigten durch den Arbeitgeber gekündigt. Die Eigenkündigungen liegen dagegen mit 3,5 bis 6,1 Prozent auf wesentlich höherem Niveau. „Sogar in Krisenzeiten und erst recht im Aufschwung haben im Westen mehr Menschen selbst gekündigt, als entlassen wurden“, so Marcel Erlinghagen, der federführend für die westdeutschen Analysen ist und gemeinsam mit seinem IAT-Kollegen Martin Brussig den ostdeutschen Arbeitsmarkt untersucht hat. In den Neuen Bundesländern gingen die Austrittsraten nach den einigungsbedingten Anfangsturbulenzen zwar etwas zurück, blieben aber im Vergleich zu Westdeutschland insgesamt auf höherem Niveau. Allerdings liegt die Eigenkündigungsrate im Osten seit Mitte der neunziger Jahre dauerhaft unter

dem westdeutschen Niveau. Die IAT-Forscher schließen daraus, dass in den neuen Bundesländern nicht nur die Arbeitslosen schlechte (Wieder)Beschäftigungschancen haben, sondern auch die Beschäftigten weniger Möglichkeiten haben, sich nach eigenem Wunsch beruflich zu verändern. Stattdessen dominieren im Osten Entlassungen und auslaufende Fristverträge. Hinter dem Ende von Befristungen stehen in Ostdeutschland oft öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die grundsätzlich befristet sind, sowie Übergänge in Vorruhestand und Rente.

Weitere Deregulierung wenig sinnvoll

Skeptisch sind Erlinghagen und Brussig gegenüber der einfachen These, dass eine (weitere) Deregulierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes dessen Anpassungsfähigkeit entscheidend verbessern könnte. Denn trotz mittlerweile weit verbreiteter Tariföffnungsklauseln, fehlender Tarifbindung und der - aufgrund der kleinbetrieblichen Struktur in den neuen Bundesländern - weniger wirksamen Kündigungsschutzbestimmungen weist der ostdeutsche Arbeitsmarkt auch nach Ab-

schluss der ersten Transformationsphase deutliche Funktionsmängel auf. „Wer mehr Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt will, muss erklären, warum sie in Ostdeutschland nicht geholfen hat“, sagt Martin Brussig, Ko-Autor der Analyse zum ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Demgegenüber zeigt der wesentlich stärker regulierte westdeutsche Arbeitsmarkt, der in den vergangenen 15 Jahren auch einen beachtlichen Nettozuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnen konnte, deutliche Konjunkturreakibilität. Die Fähigkeit der westdeutschen Betriebe, (auch) durch vermehrte Entlassungen auf wirtschaftliche Krisenzeiten zu reagieren, wird durch den Kündigungsschutz wenig gehindert. Die Betriebe begegnen heute den gewachsenen Flexibilitätsanforderungen offenbar öfter mit betriebsinternen Flexibilisierungen, z.B. durch flexible Arbeitszeiten, anstelle mit einer verstärkten „Hire-and-fire“-Politik.

Langfristiger Destabilisierungs- und Unsicherheitstrend

Wie die Untersuchungen zu Westdeutschland zeigen, haben - entgegen der öffentlichen Wahrnehmung - weder die Beschäftigungsstabilität noch die Beschäftigungssicherheit generell abgenommen. Obwohl sich ein langfristiger Destabilisierungs- und Unsicherheitstrend der Arbeitsverhältnisse statistisch nicht nachweisen lässt, erkaufen sich Belegschaften „Sicherheit“ durch Zugeständnisse bei Arbeitszeitverlängerungen und Löhnen.

Welche langfristigen Folgen ein dauerhaftes Bedrohungsgefühl bei gleichzeitig mehr Arbeitsbelastung für Gesundheit und gesamtwirtschaftliche Produktivität haben wird, ist noch weitgehend offen, so die IAT-Wissenschaftler. Doch sie weisen darauf hin, dass „die langfristigen Folgen einer solchen, an kurzfristigen Interessen ausgerichteten Arbeitspolitik (...) fatal sein können, wenn nicht gleichzeitig ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Ressource „Arbeitskraft“ erfolgt.“

Quelle: Claudia Braczko, Institut Arbeit und Technik, 23.03.2005

Über fünf Millionen Menschen ohne Job

Zwar sank die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland gegenüber Februar saisonbedingt um 41.000 auf 5,176 Millionen, im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Zahl im März allerdings um 628.100. Die deutsche Arbeitslosenquote liegt somit bei 12,5 Prozent, wobei sie im Osten mit 20,6 Prozent exakt doppelt so hoch ist wie im Westen mit 10,3 Prozent.

Der deutliche Anstieg im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich unter anderem durch den statistischen „Hartz-Effekt“. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Jänner werden rund 380.000 arbeitslose frühere Sozialhilfeempfänger jetzt in der Arbeitslosenstatistik mitgezählt. Darin nicht enthalten sind allerdings jene 88.000 ehemaligen Sozialhilfebezieher, die von 69 Gemeinden selbst betreut werden. Würde man diese mitzählen, wäre die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf einen neuen Nachkriegsrekord geklettert.

Quelle: Der Standard, 1.4.2005

Workfare - nicht nur Welfare

Eine aktuelle Studie der Freien Universität Berlin untersuchte die Rolle von Non Profit Organisationen bei der Umsetzung von lokalen Beschäftigungsmaßnahmen in Los Angeles und Berlin.

In den USA ist spätestens seit der Welfare Reform von 1996 eine strikte Arbeitsverpflichtung ins Zentrum staatlicher Hilfsprogramme für sozial Benachteiligte gerückt. Nun zielen auch in Deutschland die „Hartz-Gesetze“ darauf ab, den Bezug von Transferleistungen an die Bereitschaft von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehern zu knüpfen, Beschäftigungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen aufzunehmen. Im Rahmen dieser „aktivierenden“ Sozialpolitik geraten Non Profit Organisationen - also Wohlfahrtsverbände, Stadtteilinitiativen und gemeinnützige Träger, die in beiden Ländern häufig in Opposition zu staatlicher Politik entstanden sind - in der Praxis in eine ambivalente Rolle.

Ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt hat die lokale Sozial- und Beschäftigungspolitik des Dritten Sektors, eben jener Non Profit Organisationen, in den Partnerstädten Berlin und Los Angeles untersucht und Anfang des Jahres die Ergebnisse vorgelegt.

Empirische Fallstudien

Auf der Grundlage empirischer Fallstudien, die zwischen den Jahren 2000 und 2003 durchgeführt wurden, haben sich Politikwissenschaftler kritisch mit dem Beitrag der Non Profit Organisationen in den sich neu herausbildenden lokalen Workfare-Systemen auseinandergesetzt und die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Sozial- und Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in beiden Städten nachgezeichnet.

„Uns hat in diesem Zusammenhang die oft bejubelte Innovationsfähigkeit von Non Profit Organisationen interessiert, die in den beiden Bewegungsmetropolen seit Ende der 1970er Jahren die lokale Sozial- und Beschäftigungspolitik in Konfrontation zu den Lokalstaaten mitgeprägt haben“, sagt die Politikwissenschaftlerin Margit Mayer vom John F. Kennedy-Institut für Nordamerika-Studien der Freien Universität Berlin, unter deren Leitung die Studie entstand.

Los Angeles

In Los Angeles hat sich die Zahl der Nonprofits in der lokalen Beschäftigungspolitik seit den Sozialreformen stark erhöht. Dort verfügen neben knapp hundert Einrichtungen, die im Bereich employment / job training tätig waren, etwa 400 Organisationen aus der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit über temporäre Verträge mit diversen Verwaltungen und Ministerien zur Betreuung von Erwerbslosen und zur Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Diese Angebote werden von verschiedenen Bundes- und Landesprogrammen finanziert: Temporary Aid for Needy Families (TANF) für Sozialhilfeempfänger mit Kindern, zielgruppenspezifische Förderprogramme des Bundesarbeitsministeriums und diverse Fördertöpfe zur ökonomischen Stärkung innerstädtischer Krisengebiete.

„Allerdings erfahren amerikanische Organisationen eine stärkere materielle und ideelle Unterstützung durch private Stiftungen, Universitäten und Wirtschaftsunternehmen als (...) in Deutschland“, sagt Mayer. „Außerdem gelingt es einigen der Multi-Service-Organisationen im Sozialbereich, über Eigeneinnahmen, wie zum Beispiel Spenden, Gebühren, Immobilienbesitz oder kommerzielle Aktivitäten, eine größere Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Stellen zu erzielen.“

Berlin

In Berlin nutzten während des Untersuchungszeitraums etwa tausend Nonprofits jährlich öffentliche Mittel zur Beschäftigungsförderung. Hierzu gehörten insbesondere Instrumente und Programme des inzwischen in das Sozialgesetzbuch III integrierten Arbeitsförderungsrechts, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Bundessozialhilfegesetz („Hilfe zur Arbeit“). Neben Sonderprogrammen des Bundes – etwa JUMP/JUSO-PRO oder „Arbeit für Langzeitarbeitlose“ - und Eigenmitteln der Länder stellen zahlreiche EU-Förderprogramme (ESF, EQUAL, LEADER) für die Integrationsarbeit von Nonprofits eine wichtige Ressource dar.

Buchtip

Die vergleichende Studie der Berliner Politikwissenschaftler ist auch in Buchform erschienen:

Volker Eick, Britta Grell, Margit Mayer,
Jens Sambale (Hg.):
Non Profit Organisationen und die Transformation
lokaler Beschäftigungspolitik
Westfälisches Dampfboot, Münster 2004

1999 waren in Berlin fast 25.000, im Jahr 2003 noch 21.000 (ehemalige) Erwerbslose in Einrichtungen freier Träger und Vereine beschäftigt.

Parallelen

„Die Forschungsergebnisse für beide Städte zeigen, wie die Non Profit Organisationen aufgrund ihrer spezifischen sozialen Kompetenzen von den kommunalen Verwaltungen gezielt in neue Netzwerke und Kooperationsformen eingebunden werden, um zivilgesellschaft-

liche Strukturen und ökonomische Selbsthilfepotentiale in benachteiligten Regionen und Quartieren zu stärken“, sagt Margit Mayer. Trotz einer Reihe von US-amerikanischen und deutschen Besonderheiten komme ihnen in beiden Situationen hauptsächlich die Aufgabe zu, schwer in den Arbeitsmarkt zu vermittelnde Personengruppen - zum Beispiel Jugendliche ohne Schulabschluss, Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen oder Obdachlose - zu betreuen, ihre Beschäftigungsfähigkeit (wieder)herzustellen und sie auf die Anforderungen einfacher Tätigkeiten im Dienstleistungssektor vorzubereiten. Während einigen Organisationen damit neue Einsatzfelder - insbesondere beim sogenannten Fallmanagement oder in der direkten Arbeitsvermittlung - erwachsen, geraten andere Initiativen mit einem weiter gefassten Verständnis von Beschäftigungsförderung und gesellschaftlicher Integration zunehmend unter Legitimationsdruck bzw. in die zwiespältige Situation, neue Ausgrenzungs- und Selektionsprozesse mittragen und vermitteln zu müssen.

Quelle: Pressemitteilung der FU Berlin, 03.01.2005

Solidarität auf dem Arbeitsmarkt am Beispiel von Jugendlichen und Roma

Rainer Klien berichtet über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für diese Zielgruppen in Österreich und Westungarn.

Das Thema Solidarität auf dem Arbeitsmarkt ist nicht leicht zu behandeln. Einerseits weil viele der Meinung sind Solidarität sei ein altmodischer, ein nicht mehr zeitgerechter Begriff, der in Zeiten des Neoliberalismus keine Existenzberechtigung mehr habe, und andererseits, weil es ganz offenkundig ist, dass auf dem Arbeitsmarkt genau das Gegenteil von Solidarität passiert. Der Arbeitsmarkt spaltet sich immer mehr in Gewinner und Verlierer.

Drinnen und draußen

Jeden Tag entscheidet die unsichtbare Hand des Marktes, wer drinnen bleiben kann und wer hinausfliegt. Alle Bemühungen im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Krisenmanagements haben dies nicht verhindern können: Die Zahl der Arbeitslosen hat den Rekordstand seit den 50er Jahren erreicht.

Aber nicht nur die Massenarbeitslosigkeit steigt. Es steigen gleichzeitig die Armut und der Reichtum. Die Gesellschaft polarisiert sich. Die Unterschiede zwischen den Regionen sind anstatt kleiner größer geworden, die Schere zwischen Frauen- und Männereinkommen geht weiter auseinander, anstatt kleiner zu werden. Auf dem österreichischen Arbeitsmarkt dokumentiert sich diese Entwicklung etwa in der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung (derzeit knapp 700.000 Personen), von geringfügig Beschäftigten (derzeit ca. 220.000) und anderen atypisch Beschäftigten (neue Selbstständige, freie Dienstnehmer etc.).

Ein Drittel bereits atypisch beschäftigt

Diese Gruppe repräsentiert bereits ein Drittel der Beschäftigten. Tendenz steigend. Das klassische „Normalarbeitsverhältnis“ (40 Stundenwoche, gesicherte Lauf-

bahn, klare arbeits- und sozialrechtliche Absicherung, existenzsichernde Bezahlung) wird immer mehr zur Ausnahme. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der Euro-Millionäre (ca. 150.000). Der Reichtum wächst überdurchschnittlich, jedoch ohne, dass es zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen führt; d.h. es findet eine Entkoppelung von Reichtum und Wachstum von Arbeitsplätzen statt. Dieser Problematik ist sich auch die EU bewusst. Vor dem Europäischen Parlament im September 2004 legte der Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Vladimir Spidla, folgende Prioritäten fest:

1. gute/attraktive Arbeitsplätze schaffen
2. gegen soziale Ausgrenzung und Armut kämpfen
3. Chancengleichheit im weitesten Sinne gewährleisten
4. das Sozialschutzsystem anpassen
5. einen wirklichen und effektiven sozialen Dialog einführen

Weiters soll im Zuge der Umsetzung dieser Prioritäten die Menschenwürde geschützt werden. Es geht also um mehr soziale Gerechtigkeit, den Ausbau von Schutzmechanismen und um Bemühungen zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt. Das wird unter jetzigen Bedingungen nicht leicht zu bewerkstelligen sein. Dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, dass erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Arbeitnehmer bzw. Arbeitslosen gemacht werden kann. Z.B. die Altersteilzeit für ältere ArbeitnehmerInnen, die Arbeitsstiftungen, Sozialökonomische Beschäftigungsprojekte für arbeitsmarktpolitisch benachteiligte Personengruppen, das Sabbat-Jahr etc. Am Beispiel der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Roma möchte ich genauer auf Lösungsmöglichkeiten eingehen.

Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist ein sehr ernstes Vorhaben, das von der österreichischen Bundesregierung auch ernsthaft in Angriff genommen wird. Das Versprechen der Regierung lautet, dass kein Schulabgänger auf der Straße bleibt, sondern für alle ein Platz in einem arbeitsmarktpolitischen Auffangnetz geschaffen wird. Gründe für die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit gibt es viele:

- * Die Privatwirtschaft bietet massiv weniger Lehrstellen an
- * Die großen Lehrwerkstätten der ehemals verstaatlichten Industrie wurden geschlossen
- * Die Wirtschaft benötigt einfach weniger oder anders ausgebildetes Personal

Dazu wurde in Österreich ein Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) geschaffen, aufgrund dessen allen Jugendlichen - also nicht nur Schulabgängern - eine Lehrstelle außerhalb der Privatwirtschaft oder die Teilnahme an anderen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden soll. Zielgruppen des Programms sind Jugendliche, die bei ihrer Lehrstellensuche erfolglos geblieben sind. Für das Ausbildungsjahr 2002/03 wurde die Zielgruppe auf behinderte Jugendliche und solche mit besonderen Vermittlungsbeeinträchtigungen - wie z.B. Lernschwächen, soziale Defizite oder Langzeitbeschäftigungslosigkeit - ausgeweitet. Im Rahmen von JASG-Maßnahmen kann auch die im Jahr 2003 mit der Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes geschaffene „Integrative Berufsausbildung“ (Teillehre oder eine verlängerte Lehrzeit) absoziiert werden.

Im Jahr 2003 haben insgesamt ca. 13.100 Personen (davon 9.000 in Lehrgängen) an JASG-Maßnahmen teilgenommen. Gegenüber dem Jahr 2002 (ca. 6.600 JASG-TeilnehmerInnen insgesamt und davon rund 5.100 in Lehrgängen) bedeutet dies nahezu eine Verdoppelung der Kapazitäten. Der in diesem Bereich 2003 von AMS und BMWA geleistete Mittelaufwand betrug rund 24,1 Mio Euro. Zur Finanzierung des Auffangnetzes ist anzumerken, dass sich die jeweiligen Landesregierungen zumindest mit 24 Prozent an den Maßnahmekosten beteiligen. Aktuelle Evaluierungen der Maßnahmen zeigen, dass es etwa zwei von drei Jugendlichen innerhalb von sechs Monaten nach der Teilnahme an einem JASG-Lehrgang gelingt, eine betriebliche Lehrstelle aufzunehmen, ca. 60 Prozent erreichen über die Initialförderung des JASG einen Lehrabschluss.

Sonderprogramm für Jugendliche (SPJU)

Neben den JASG-Maßnahmen wurde im Zeitraum von Oktober 2002 bis Dezember 2003 auch das Sonderprogramm für Jugendliche durchgeführt, das vorrangig auf

Jugendarbeitslosenquote im internationalen Vergleich

	Insgesamt		Männer		Frauen		
Staat/Staatenbund	Sep 04	Veränd. ggü. Vj.*	Sep 04	Veränd. ggü. Vj.*	Sep 04	Veränd. ggü. Vj.*	Stand
EU 25	18,1	-0,3	17,8	-0,5	18,4	-0,1	8 2004
EU 15	15,9	15,9	15,7	-0,3	16,2	0,3	8 2004
USA	11,8	-1	12,9	-1,2	10,6	-0,8	9 2004
Japan1)	10,1		11,5		8,7		
Österreich	9,8	0,9	8,5	0,5	11,3	1,4	9 2004
Belgien	19,6	-2,3	17,2	-5,9	22,3	2	9 2004
Dänemark	7,9	-2,6	8,6	-2,5	7,2	-2,7	8 2004
Deutschland	11,4	0,5	13,6	0,4	8,9	0,5	9 2004
Griechenland	27,1	1,2	18,9	-0,4	37,1	3,6	12 2003
Spanien	22,1	-0,4	18,7	-0,5	26,5	-0,4	9 2004
Frankreich	21,8	0,8	21,3	0,9	22,6	1	8 2004
Irland	7,9	-0,5	8,5	-0,7	7,1	-0,4	9 2004
Italien	27,1	-0,5	24,3	-0,6	30,7	-0,5	1 2004
Luxemburg	13,1	2,5	12,6	4,7	13,6	-0,2	9 2004
Niederlande	7,9	1,5	7,3	1	8,5	2	8 2004
Portugal	14,4	-0,4	12,8	-0,1	16,4	-0,7	8 2004
Finnland	20,7	-1,6	20,3	-2,2	21,2	-1	9 2004
Schweden	17,5	4,1	17,4	4,8	17,6	3,3	9 2004
Großbritannien	12	-0,6	13,3	-0,4	10,5	-0,7	7 2004
Zypern	10	-0,9	10,1	-1,1	9,9	-0,8	9 2004
Tschechische Rep.	21,6	2,7	24,7	5	17,6	-0,4	9 2004
Estland	17	-5,3	14,2	-4	21,8	-7,1	9 2004
Ungarn	13	0	13,2	0,1	12,7	-0,1	9 2004
Litauen	19,7	-7,3	13,5	-7,4	27,3	-7	9 2004
Lettland	19,1	2,2	14,1	1	26,1	3,5	9 2004
Malta	19,5	-1	17,6	-0,2	21,7	-1,9	8 2004
Polen	38,8	-2	37,1	-2,3	41	-1,6	8 2004
Slowenien	14,9	-1,2	12,7	-1,2	17,9	-1,4	8 2004
Slowakische Rep.	31,5	-0,4	32,7	-0,8	30,2	0,3	9 2004

Quelle: EUROSTAT

1) Jahresdurchschnitt 2003

* in Prozentpunkten

die Zielgruppe der arbeitslosen (nicht lehrstellensuchenden) 19- bis 24-Jährigen ausgerichtet ist. Inhaltlich ging es dabei einerseits um Qualifizierungen (AMS-Kurse, Lehrstellenförderungen etc.) und andererseits um Beschäftigungsförderungen (einzelarbeitsplatzbezogene Eingliederungsbeihilfen oder Teilnahme an projektorientierten Maßnahmen).

Zur Finanzierung wurden aus Mitteln der Arbeitsmarktrücklage zusätzliche 112,5 Mio Euro zur Verfügung gestellt, wovon allein im Jahr 2003 rund 80 Mio Euro verausgabt wurden. Insgesamt wurden ca. 19.200 unter-25-Jährige (Frauenanteil: 51,4%) in das Programm einbezogen, wobei der durchschnittliche Bestand an SPJU-TeilnehmerInnen im Zeitraum von Oktober 2002 bis Dezember 2003 5.121 Personen betrug. Rund 55 Prozent der ProgrammteilnehmerInnen konnten maxi-

mal einen Pflichtschulabschluss vorweisen. Die bislang durchgeführten Wirksamkeitsanalysen haben ergeben, dass auch hier fast zwei Drittel aller MaßnahmenabsolventInnen innerhalb von sechs Monaten (wieder) eine nicht geförderte Beschäftigung aufnehmen konnten.

D.h. diese Unterstützungsprogramme für Jugendliche helfen tatsächlich - sowohl den Jugendlichen als auch deren oft genauso verzweifelten Eltern - und stellen insofern einen klaren Akt der Solidarität auf dem Arbeitsmarkt dar. Wenn der Markt keine Lösung bietet, dann muss logischerweise einfach außerhalb des Marktes ein geeignetes Ausbildungs- und Beschäftigungsnetz geschaffen werden. Für die weitere Entwicklung dieser Unterstützungsstruktur scheint mir Folgendes wichtig:

- * Die Teilnahme an Projekten ist für Jugendliche freiwillig. Das Projekt muss für Jugendliche so attraktiv sein, dass sie gerne freiwillig daran teilnehmen. Das bedeutet, dass die Rahmenbedingungen des Projektes auf die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmt sein müssen. Das Projekt soll bei den Jugendlichen Lust auf Ausbildung hervorrufen (z.B. durch interessante und von Jugendlichen angestrebte Tätigkeitsbereiche wie neue Technologien, neue Berufe, zeitgeistiges Verhalten/Jugendkultur). Daher ist Experimentierfreudigkeit erwünscht. Das Ganze soll Spaß machen und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Das bedeutet, dass auch Freizeitaktivitäten und die Wohnsituation berücksichtigt werden sollen.
- * Die Durchführung von Praktika in anderen EU-Ländern wäre zielführend.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit beziehen sich auf folgende Module:

- * Berufsorientierung
- * Qualifizierung in Lehre oder Anlehre
- * Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Non Profit Bereich
- * Individuelles Coaching
- * Sozial-ökonomische Beschäftigungsprojekte
- * Sozialpädagogische Betreuung
- * Betriebliche Einstellungsforderung

Ich hoffe, die Unterstützungsnetze werden in Zukunft weiter ausgebaut werden. Denn es geht um viel: Es geht um die Jugend und es geht um ihre Perspektiven. Jugendarbeitslosigkeit ist auch ein politischer Sprengstoff. Wer zu Beginn seiner Berufslaufbahn nichts als Aussichtslosigkeit vorfindet, wird sich eher demokratiefeindlichen und ausländerfeindlichen Parolen oder dem Ruf nach einem starken Mann anschließen. Wie die Geschichte zeigt, hat dies meistens ins Verderben geführt. Daher sind mir auch jene Projekte sehr sympathisch, die solche Jugendlichen zur Zielgruppe haben, die am wenigsten geschützt sind: z.B. ausländische Jugendliche, Roma, Jugendliche ohne Schulabschluss, Mädchen, die technische Berufe erlernen wollen, etc. - also jene Jugendlichen, die mit einem ganzen Bündel von Problemen zu kämpfen haben: wenig Unterstützung im persönlichen/familiären Umfeld, Sprachprobleme, ungeweckte Talente, verwahrloste Lebensum-

stände, schlechtes oder gar keine Schulzeugnis etc. Die Erfahrung zeigt, dass diese Projekte bei entsprechenden Rahmenbedingungen sehr erfolgreich arbeiten. Es wird nicht leicht sein, alle arbeitslosen Jugendlichen in solchen Projekten zu integrieren. Doch es gibt Auswege aus der Arbeitslosigkeit, wenn man will.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Roma

Bei den Bemühungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation der Roma zeigt sich das Fehlen von Solidarität besonders krass. Die offiziell existierenden Programme zur Unterstützung der Roma haben in den meisten Fällen nicht viel genützt. Allen ist klar, dass die Probleme, mit denen die Roma konfrontiert sind (Arbeitslosigkeit, Elend und Armut, schlechte Gesundheits- und Wohnverhältnisse, Diskriminierung, Rassismus etc.) nicht von heute auf morgen aus dem Weg geräumt werden können. Es braucht Zeit und vor allem auch Geld. Moralische Appelle alleine nützen nichts. Sie wirken eher zynisch und selbstgerecht. Solidarität bedeutet in diesem Zusammenhang, dass man vor allem auch finanziell der Bevölkerungsgruppe der Roma entgegenkommt. Entscheidend wird sein, dass den TeilnehmerInnen eines Projektes klare berufliche Perspektiven eröffnet werden.

In den letzten Jahren ist einiges in Bewegung geraten, sowohl in Ungarn als auch in Österreich. Natürlich sind wir weit entfernt von einer tatsächlichen und nachhaltigen Lösung der Probleme, mit denen die Roma konfrontiert sind. Aber es gibt in Österreich und in Ungarn erfolgreiche Projekte im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung, die weiterentwickelt werden sollen. Vor allem in Hinblick auf eine gemeinsame Europäische Beschäftigungsstrategie sollten wir diese Projekte miteinander vernetzen, auch wenn diese derzeit nur Einzelercheinungen sind und bei weitem noch keine allgemeine Aufbruchsstimmung signalisieren. Ich denke hier vor allem an das „Roma-Zentrum“ in Nagykánizsa und an die Roma-Projekte in Oberwart (Roma-Beratungszentrum, Mri Buti, Roma-Volkshochschule).

Worum geht es in nächster Zeit in Österreich und Ungarn?

Meines Erachtens sind folgende Schritte wichtig:

- * Absicherung und Stabilisierung der laufenden Pro-

- jekte (finanziell, personell und inhaltlich)
- * Professionalisierung der Projekte (Optimierung der Organisationen, Weiterbildung des Managements, Vertiefung des Know-How's)
 - * Vernetzung der bestehenden Projekte auf nationaler Ebene und auf der Ebene der EU (Aufbau von Partnerschaften)
 - * Ein Zukunftsbild: Entwicklung von Visionen und Zukunftsperspektiven
 - * Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Medienarbeit, Herausgabe einer dreisprachigen Broschüre)
 - * Nicht Jammern, sondern Tun: Veränderungen sind möglich.

Beispielhaft möchte ich abschließend näher auf ein Projekt in Westungarn eingehen.

„Roma-Zentrum“ in Nagykanizsa

Auf Initiative der Roma-Selbstverwaltung und dem Komitatsarbeitsamt von Zala wurde ein spezifischer Beschäftigungspakt zur Unterstützung der Roma von Nagykanizsa und Umgebung gegründet. Mit im Pakt sind Gemeinden mit einem hohen Romaanteil, Ausbildungseinrichtungen und Leitbetriebe sowie Vertreter der Komitatsverwaltung. Weiters wird das Projekt im Rahmen der österreichisch-ungarischen Expertenakademie unterstützt. Im „Roma-Zentrum“ werden folgende Module angeboten:

- * Lernhilfe für Schulkinder inklusive Verpflegung
- * Begabtenförderung für Mittelschüler inklusive Vorbereitung auf die Universität
- * Kommunale Arbeit für Langzeitarbeitslose
- * Gemeinnützige Arbeit für gering Qualifizierte
- * Qualifizierung zum/zur Computerfachmann/frau
- * Ausbildung zum Supervisionsexperten
- * Job-Akquisition bei regionalen Firmen
- * Job-Coaching
- * Internet-Teehaus
- * Rechtsberatungsbüro
- * Öffentlichkeitsarbeit, Abbau von Vorurteilen
- * Ausbildung zum Mediator
- * Herausgabe der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Zusammen in einer Heimat“

Das Projekt „Roma-Zentrum“ hat sich im Rahmen der genannten Schwerpunkte stabilisiert. Als Modellprojekt

wird sich das „Roma-Zentrum“ weiter entwickeln, um die bisherigen Erfolge abzusichern und um sich für die Zukunft als Vorzeigeprojekt im In- und Ausland präsentieren zu können. Diese Herausforderung soll durch eine Innovationsagentur bewältigt werden, in der folgende Aktivitäten zusammengefasst werden:

- * Schaffung von besseren Voraussetzungen zur Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie
- * Absicherung der experimentell umgesetzten Projekte für die Zukunft
- * Weiterentwicklung bestehender Projekte des „Roma-Zentrums“ und Verbreiterung der erfolgreichen Projekte auf andere Regionen Ungarns bzw. auf andere Nachbarländer
- * Vernetzung mit anderen Roma-Projekten im In- und Ausland
- * Identifizierung neuer Bedarfsbereiche und neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente, z.B. Gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung, innovative Arbeitszeitmodelle, Teilzeit, Job-Coaching
- * Konzipierung von Projekten gegen soziale Ausgrenzung und Armut im Rahmen der Nationalen Aktionsprogramme
- * Beteiligung an Ausschreibungsverfahren auf nationaler und EU-weiter Ebene
- * Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung möglicher Fördergeber und des politischen Umfelds
- * Dokumentation der Erfolge
- * Suche nach Partnerbetrieben

Ein Zukunftsbild

Für die nächste Zukunft erwarte ich mir als ersten Schritt, dass auf jeden Fall die bestehenden Roma-Projekte in Nagykanizsa und Oberwart enger zusammenarbeiten und einen intensiveren Erfahrungsaustausch starten. Aber auch andere Projekte könnten miteinbezogen werden, z.B. „Don't wait“ aus Österreich oder die Mahatma Gandhi-Schule in Pecs, „Trendwerk“ in Österreich und Ungarn sowie verschiedene Qualifizierungsverbände.

Die Internationale Vernetzung soll aber nicht in Österreich und Ungarn Halt machen. Ich glaube, die Nachbarn in der Slowakei, in Slowenien, Tschechien, Rumänien und in Serbien würden sich sehr freuen, wenn wir auch mit ihnen einen Erfahrungsaustausch starten wür-

den. Wir sollten uns angewöhnen, europäischer und vor allem großzügiger zu denken und zu handeln. Wir brauchen klare und vor allem zukunftssträchtige Perspektiven. Und das grenzüberschreitend. Dies immer mit dem Wissen, dass Vernetzung zeitliche, personelle und auch finanzielle Ressourcen braucht.

Rainer Klien

Gekürzte und geringfügig redigierte Fassung des gleichnamigen Referats von Rainer Klien, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; gehalten am 28. Oktober 2004 in Tengelic/Ungarn.

Probleme Jugendlicher bei der Lehrstellensuche

Im Rahmen einer oberösterreichischen Untersuchung wurden Arbeitsmarktexperten und Jugendliche zu Vermittlungshindernissen und Schwierigkeiten beim Finden einer Lehrstelle befragt.

Trotz vergleichsweise guter oberösterreichischer Arbeitsmarktdaten und einer verhältnismäßig geringen Jugendarbeitslosigkeit verbleibt auch in diesem Bundesland fast regelmäßig eine sog. „Restgröße“ von lehrplatzsuchenden Jugendlichen.¹ Viele dieser betroffenen Jugendlichen konnten in den letzten Jahren in diversen Maßnahmen (wie z.B. Berufsorientierungskurse, Produktionsschule etc.²) aufgefangen werden, mit dem Ziel, bei der Lehrstellensuche unterstützend zu wirken.

In einer Studie an der Johannes Kepler Universität Linz³ wurde untersucht, mit welchen Problemen diese Jugendlichen bei ihrer Lehrstellensuche konfrontiert sind und woran es liegen könnte, dass ihre Bemühungen um einen Ausbildungsplatz erfolglos blieben. Dazu bedurfte es einerseits einer Analyse der Vermittlungshindernisse seitens der Jugendlichen (wie Lern- und Verhaltensschwierigkeiten, psychische/physische Behinderungen, spezifische Berufswünsche, Mobilitätsprobleme), andererseits einer Auseinandersetzung mit den Einstellungskriterien der potentiellen Lehrbetriebe.⁴

Die Suche nach den Gründen für das Lehrstellenproblem wird vielfach einseitig vorgenommen. Auf der einen Seite wird der „Wirtschaft“ vorgeworfen, sich nicht um einen ausreichenden Bedarf an Fachkräften zu kümmern und die Ausbildung aus Kostengründen an den Staat zu delegieren. Auf der anderen Seite haben Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, eine Reihe von Defiziten aufzuweisen und – dies wird zumindest über die Medien transportiert – haben das eine oder andere Mal gar kein Interesse an Arbeit und Ausbildung.

Vermittlungshindernde Gründe aus der Sicht von ExpertInnen

Aus der Sicht der befragten ExpertInnen lassen sich zwei Ursachenbündel für das Problem der stellensuchenden Lehrlinge ableiten: *personenbezogene* und *sachbezogene* Gründe.

Bei den personenbezogenen vermittlungshindernden Gründen werden Lernschwächen, geringe Qualifikation, Leistungsfähigkeit, mangelnde fachliche, aber auch mangelnde soziale Kompetenz, Herkunftsfamilie und/oder Problemfamilie (z.B. Nationalität; Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern) genannt. Es lässt sich somit eine Trennung in personale Merkmale (Leistungsfähigkeit etc.), familiäre Merkmale (fehlende Unterstützung, soziales Umfeld etc.) und schulische Merkmale (Schulleistungen etc.) vornehmen.

Bei den sachbezogenen Ursachen herrscht bei den befragten ExpertInnen Einigkeit darüber, dass es „einfach zu wenig Lehrstellen“ gibt, dass ein „Nachfrageüberhang“ besteht und dass das Überangebot an Lehrstellensuchenden auch in der „Rücknahme der Ausbildungsaktivitäten“ begründet liegt. Anzumerken ist, dass von allen ExpertInnen nie lediglich ein vermittlungshindernder Grund angegeben wurde, sondern immer beide Ursachenbündel genannt wurden. Dennoch lässt sich bei den aus der Wirtschaft Befragten ein Trend zu personenbezogenen Gründen feststellen.

Abschließend dazu sollen noch die Vorschläge der ExpertInnen, die auch über eine Verbesserung des Mat-

chings des Angebots an Lehrstellen und der Nachfrage am Lehrstellenmarkt befragt wurden, dargelegt werden. Die Gründe dafür, dass es in Oberösterreich einerseits eine nicht unbeträchtliche Zahl an freien Lehrstellen und andererseits eine ebenso große Gruppe an Lehrstellensuchenden gibt, werden folgendermaßen analysiert:

- * *Region*: regionale Unterversorgung mit Lehrstellen
- * *Branche*: offene Lehrstellen bei bestimmten Berufen wie Koch/Köchin, Restaurantfachberufe, TischlerIn, FleischhauerIn etc.
- * Kognitiv schwache *BewerberInnen* (schulische und personale Vermittlungshindernisse)

Bezugnehmend auf die personenbezogenen vermittlungshindernden Ursachen der Lehrstellensuchenden werden die in den *Maßnahmen verfolgten Ziele* (soziale Stabilisierung, berufliche Orientierung, Stärken und Schwächen Analyse) genannt. Was die Unattraktivität mancher (offener) Lehrstellen anbelangt, so wünschen sich die ExpertInnen eine *Imagekampagne*, um eine Aufwertung des Lehrberufs insgesamt, im Besonderen aber von nicht nachgefragten Lehrberufen, zu erreichen: eine „Marketing-Offensive“, so eine befragte Expertin, „die allerdings auch die Jugendlichen erreicht.“⁵

Eine *finanzielle Förderung von speziellen Betrieben* als Anreizsystem wird von Seiten der Wirtschaft gefordert. ArbeitnehmerInnenvertretungen wollen Betriebe insofern mehr in die Pflicht nehmen, als sie analog zur Beschäftigung von behinderten Menschen einen „Lehrlings-Ausbildungsfonds“ fordern, in den alle Betriebe einzahlen müssen und wovon finanzielle Anreize an ausbildende Betriebe gewährt werden. Andere Befragte wiederum würden in einer *zentralen Anlaufstelle*, wo „alle Fäden zusammenlaufen“, eine wesentliche Maßnahme zur Lösung der Lehrstellenproblematik sehen.

Unabhängig davon kann festgehalten werden, dass weitgehend Übereinstimmung darüber herrscht, dass Maßnahmen für Lehrstellensuchende notwendig sind, wiewohl über die Ziele unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Die für die Maßnahmen Verantwortlichen sehen ihren Auftrag primär in der *Vermittlung*, die in der Betreuung der Jugendlichen Eingesetzten betrachten es als notwendig, vorrangig eine *soziale Stabilisierung* zu erreichen. Die Interessenvertretung der Wirtschaft wiederum erwartet sich von den Maßnah-

men einen Ausgleich der Defizite der arbeitslosen Jugendlichen in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen.

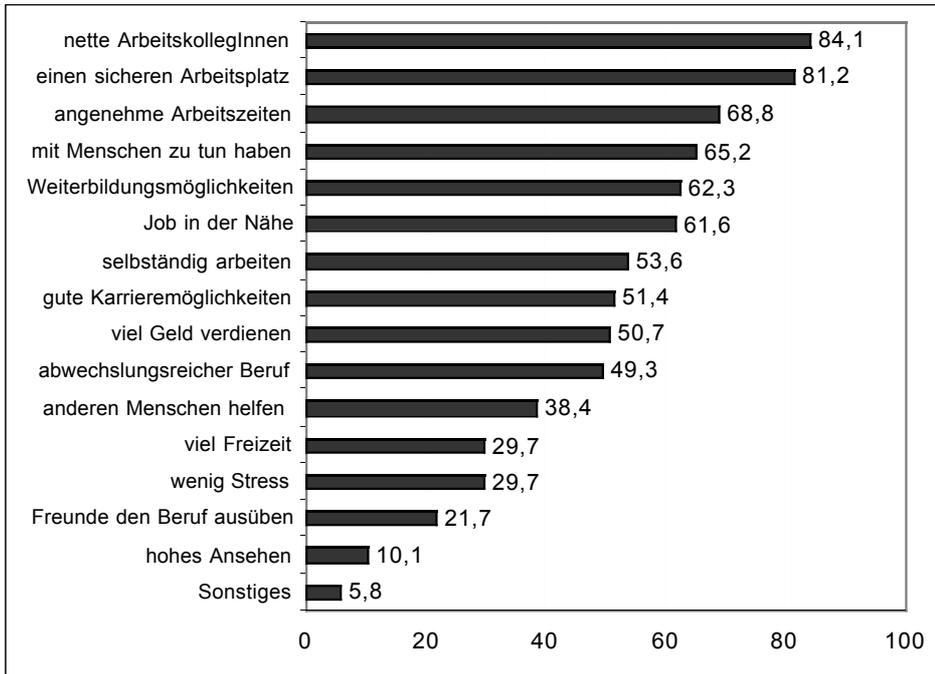
Befragung der Lehrstellensuchenden

Wiewohl sich schulische Defizite zeigen, haben immerhin 122 der 139 lehrstellensuchenden Jugendlichen, das sind 88 Prozent, die Hauptschule abgeschlossen, allerdings nur 32 Prozent den Polytechnischen Lehrgang. Knapp die Hälfte der Befragten hat aber schulische Ziele angestrebt, die sie nicht erreichen konnte (BHS, Berufsschule, Fachschule etc.). Sie sind daher der Gruppe der *SchulabbrecherInnen* zuzurechnen. Zum einen lässt dies auf Lernschwächen, zum anderen auf eine eher negative Einstellung zur Schule, allenfalls auch zum Beruf schließen. Die Auswertung zeigt jedoch, dass jede/r zweite befragte Lehrstellensuchende relativ gerne die Schule besucht hat und die eigenen schulischen Leistungen überwiegend als zumindest befriedigend eingestuft werden.

Entgegen der Ansicht, dass die beruflichen Wünsche der Gruppe der Erfolglos-Lehrstellensuchenden völlig unrealistisch sind und „aus dem Rahmen fallen“, zeigt sich, dass die abgefragten *Wunschberufe im traditionellen und geschlechtsstereotypisch geprägten Bereich* zu finden sind.⁶ Möglicherweise hängt die Wunschberufswahl auch mit den Erwartungen der lehrplatzsuchenden Jugendlichen an ihren zukünftigen Beruf zusammen. Der Großteil wünscht sich „nette ArbeitskollegInnen“, „angenehme Arbeitszeiten“ und „mit Menschen zu tun haben“. Erstaunlich ist – angesichts des Alters der Befragten⁷ –, dass der Wunsch nach einem „sicheren Arbeitsplatz“ am zweithäufigsten hinter den netten KollegInnen genannt wird. Hier wirken sich doch die angespannte Situation am Arbeitsmarkt im Generellen und die Erfahrungen der Jugendlichen im Besonderen aus, d.h. Angst und Frustrationserlebnisse durch erfolglose Bewerbungen werden deutlich. Der Wunsch nach einem traditionellen respektive konventionellen Beruf kann daher mit dem Wunsch nach einem sicheren Arbeitsplatz in Verbindung gesehen werden, da Konventionalität und Tradition offensichtlich mit Sicherheit gleichgesetzt wird. (siehe dazu Grafik)

Alle befragten Jugendlichen haben sich bereits schriftlich, telefonisch und/oder mündlich um einen Lehrplatz

Erwartungen an den zukünftigen Beruf (in Prozent, N=138)



bemüht. Wie die dabei „erfahrene Ablehnung“ durch die vergeblichen Bewerbungsversuche - durchschnittlich scheinen immerhin 31 schriftliche, 23 telefonische und sechs mündliche Bewerbungen im Maßnahmenverlauf auf - interpretiert wird, kann aus den von den Jugendlichen genannten Gründen auf die Frage, warum Sie keine Lehrstelle gefunden haben, abgelesen werden.

Je 70 Prozent geben für die Erfolglosigkeit *arbeitsmarktbezogene Gründe* an, nämlich „zu wenig Lehrstellen“ und „zu viele BewerberInnen“. *Qualifikatorische* Argumente – d.h. eine realistische oder auch pessimistische Einschätzung der eigenen Schulleistungen („Zeugnis war nicht gut genug“) – werden von knapp der Hälfte der Befragten angeführt. Knapp jede/r dritte Lehrstellensuchende war auf eine „bestimmte Lehrstelle“, die aber nicht frei war, fixiert. Ähnlich hoch ist der Anteil jener, die ihre vergeblichen Bemühungen dadurch begründen, dass ihnen „der Betrieb keine Chance“ gab. Lediglich zwei der 139 befragten Lehrstellensuchenden stimmen dem Item „ich will gar nicht arbeiten“ zu.

Die Vorstellungen der Jugendlichen über wichtige Arbeitstugenden entsprechen durchaus dem allgemeinen gesellschaftlichen Kodex: Fast alle halten „Pünktlichkeit“ (96%) und „Zuverlässigkeit“ (95%) für das Arbeitsleben für notwendig. Zwischen 80 und 90 Prozent

sehen „Ehrlichkeit“, „Lernbereitschaft“ und „Selbstständigkeit“ als wichtig an. Das im beruflichen Alltag und Praxis notwendige „Anerkennen von Autorität“ wird hingegen nur von 19 Prozent der Befragten als wichtig erachtet. Möglicherweise könnte dies als ein Indikator für eine mangelnde Anpassungsbereitschaft an die Realitäten der Arbeitswelt angesehen werden.

Praktische Konsequenzen

Reduzierte Berufschancen von - in irgendeiner Hinsicht benachteiligten - Jugendlichen bzw. das nun schon jeden Herbst breit diskutierte Problem

von Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit junger Menschen sind in mehrfacher Hinsicht mit Fragen der *Bewusstseinsbildung bzw. -änderung* verknüpft. Einerseits wird das Phänomen von der Öffentlichkeit (sofern keine unmittelbare Betroffenheit vorliegt) gerne ignoriert bzw. werden die Ursachen dafür bei den Jugendlichen selbst gesucht: sie seien unqualifiziert, unangepasst und arbeitsunwillig. Andererseits ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit natürlich - im Sinne von „only bad news are good news“ - politisch brisant, weil auch medial gerne vermarktet.

Gerade das trägt bei Jugendlichen wie bei Eltern wiederum zur Verunsicherung bei und hat zur Konsequenz, dass Berufswahlüberlegungen in einem sehr konventionellen Rahmen getroffen werden: sowohl geschlechtsrollenspezifisch wie auch im Hinblick auf „bekannte“, traditionelle Berufsbereiche, die vermeintlich Sicherheit versprechen. Die tatsächliche Situation am Stellenmarkt insgesamt und am Lehrstellenmarkt im Besonderen wird dabei häufig ignoriert. Dazu kommt die Schwierigkeit, dass die Berufswahlentscheidung am Ende der Pflichtschulzeit von 14- bis maximal 16-Jährigen getroffen werden muss: in einem Alter, in dem Jugendliche in weiterführenden Schulen bestenfalls über die Wahl von Fächer-Schwerpunkten nachdenken müssen (und oft auch dabei schon überfordert sind).

Unterstützende *Initiativen und Maßnahmen*, wie die untersuchten berufsvorbereitenden Kurse für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche, sind vorhanden und arbeiten ambitioniert, sind aber meines Erachtens mit den vielfältigen Defiziten zumindest mancher der jugendlichen Teilnehmer möglicherweise überfordert oder überlastet: Sie sollen den Nachholbedarf an schulischem Wissen und Können, vielfach sogar die so genannten Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen nachbearbeiten und vertiefen, problematische Verhaltensmuster korrigieren und auf die Identitätsfindung bzw. Steigerung der Wahl- und Entscheidungskompetenz der Klientel hinarbeiten.

Eine stärkere *Verschränkung von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik* ist ebenso erforderlich wie eine entsprechende *Dotierung der Projekte*, um flexibel auf unterschiedliche Bedürfnisse der Jugendlichen - auch in zeitlicher Hinsicht - reagieren zu können. Aber auch die „andere Seite“ des Marktes, also Betriebe und Unternehmen, sollte stärker als bisher in diese Kooperation (und auch in die Finanzierung von Maßnahmen) integriert werden: etwa im Sinne eines (ohnedies schon mehrfach andiskutierten) Beitrages von denjenigen, die keine Lehrlinge aufnehmen, aber sehr wohl „Ausgelernte“ beschäftigen und daher von den Ausbildungsinvestitionen der anderen profitieren.

Was die primären Lerndefizite betrifft, ist in erster Linie die Institution Schule gefordert. Neue politische Entwicklungen im Hinblick auf schulische *Ganztagsbetreuung* (mit entsprechendem Stütz- und Förderunterricht am Nachmittag) könnten einem flexiblen Eingehen auf Teilleistungsstörungen und verlangsamte Lernprozesse ebenso dienlich sein wie einem „Ausgleich“ in Bezug auf fehlende familiäre Motivation und Unterstützung.

Auch Korrekture im Verhaltensbereich wären im Rahmen einer Nachmittagsbetreuung durch Lehrkräfte oder geschultes pädagogisches Personal leichter möglich als im „Halbtagsystem“. Dies wäre umso bedeutender, als klar auf der Hand liegt, dass Lern- und Leistungsstörungen, erfolglose Lehrplatzsuche und Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen zu Identitätskrisen und Perspektivenlosigkeit führen (können), und Folgen bis hin zu Jugendkriminalität, Drogenabhängigkeit und Suizid denkbar sind. Und letztendlich gehen - wenn Probleme

nicht rechtzeitig erkannt und gelöst werden - auch der Wirtschaft potentielle qualifizierte Arbeitskräfte (mit vielleicht ganz eigenen Begabungsschwerpunkten) verloren.

Ursula Rami
Institut für Soziologie
Universität Linz

Anmerkungen

- 1 Mit Ende Februar 2005 gab es 591 Lehrstellensuchende in OÖ. Zum Stichtag 31.12.2004 waren am oö. Arbeitsmarkt 25.620 Lehrlinge beschäftigt. (Quelle: www.ams.or.at; www.wkooe.at)
- 2 Die Maßnahmenpalette für lehrstellensuchende Jugendliche ist vielfältig: Anlehre, Grundqualifikationslehrgänge, Berufsvorbereitungskurse, Berufsorientierungskurse, Aktivgruppen und/oder Arbeitstraining etc.
- 3 Projektleitung: Univ.Prof. Dr. Irene Dyk, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik.
- 4 Die Vermittlungshindernisse bei den Lehrstellensuchenden wurden durch Vorgespräche mit 20 arbeitssuchenden Jugendlichen und deren Eltern(teilen) (als Grundlage für die Fragebogengenerstellung), Fragebogenpretests mit 10 und direkte schriftliche Befragung von knapp 140 Jugendlichen (aus Berufsorientierungskursen oder Produktionsschulen) abgedeckt. Es ist gelungen, sowohl den Zentralraum wie auch ländliche bzw. Fremdenverkehrsregionen angemessen zu berücksichtigen. Zum Teil im Vorfeld, zum Teil während der schriftlichen Erhebungen bei den Jugendlichen wurden 36 ExpertInnenengespräche mit den wesentlichen Kontaktpersonen geführt: ArbeitgeberInnen, Personalverantwortliche, betriebliche AusbilderInnen, AMS-MitarbeiterInnen, SchulungsleiterInnen, TrainerInnen, LehrerInnen und ExpertInnen der Lehrlingsabteilungen von Interessenvertretungen.
- 5 Hier wird auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schulen gefordert. Berufsorientierung u. dgl. müsste in der Schule viel früher beginnen.
- 6 Mädchen bevorzugen, unabhängig davon, ob sie bei ihrer Lehrplatzsuche schon erfolgreich waren oder nicht, klassische Frauenberufe, Burschen sog. Männerberufe. Ein Viertel der befragten arbeitslosen Mädchen gibt als Lieblingsberuf „Einzelhandel“ an. Der Großteil der arbeitslosen Burschen drängt in den Kfz-Bereich. Beide Sparten zählen zu den am häufigsten gewählten Lehrberufen. Kritisch zu hinterfragen ist, warum hier eine doch sehr eingeschränkte Anzahl der immerhin mehr als 270 möglichen Lehrberufe genannt wird. Ob diese Einschränkung durch eine realistische Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten, durch eine Desillusionierung der familiären Umwelt, durch Erfahrungen mit erfolglosen Bewerbungen oder durch mangelnde Information und Beratung zustande kommt, kann hier für den Einzelfall nicht entschieden werden.
- 7 Durchschnittswert: 17 Jahre

Transit-Arbeit

Wiedereingliederung langzeitbeschäftigungsloser Arbeitsuchender in den regulären Arbeitsmarkt

Das Arbeitsmarktservice Oberösterreich plant für 2005 in Kooperation mit dem Land Oberösterreich, bis Jahresende insgesamt 1.100 langzeitbeschäftigungslose Erwachsene in sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten auf den freien Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die Re-Integrationsquote in den freien Arbeitsmarkt liegt je nach Projekt (Zusammensetzung der Zielgruppe, regionaler Arbeitsmarkt) zwischen 21 und 71 Prozent.

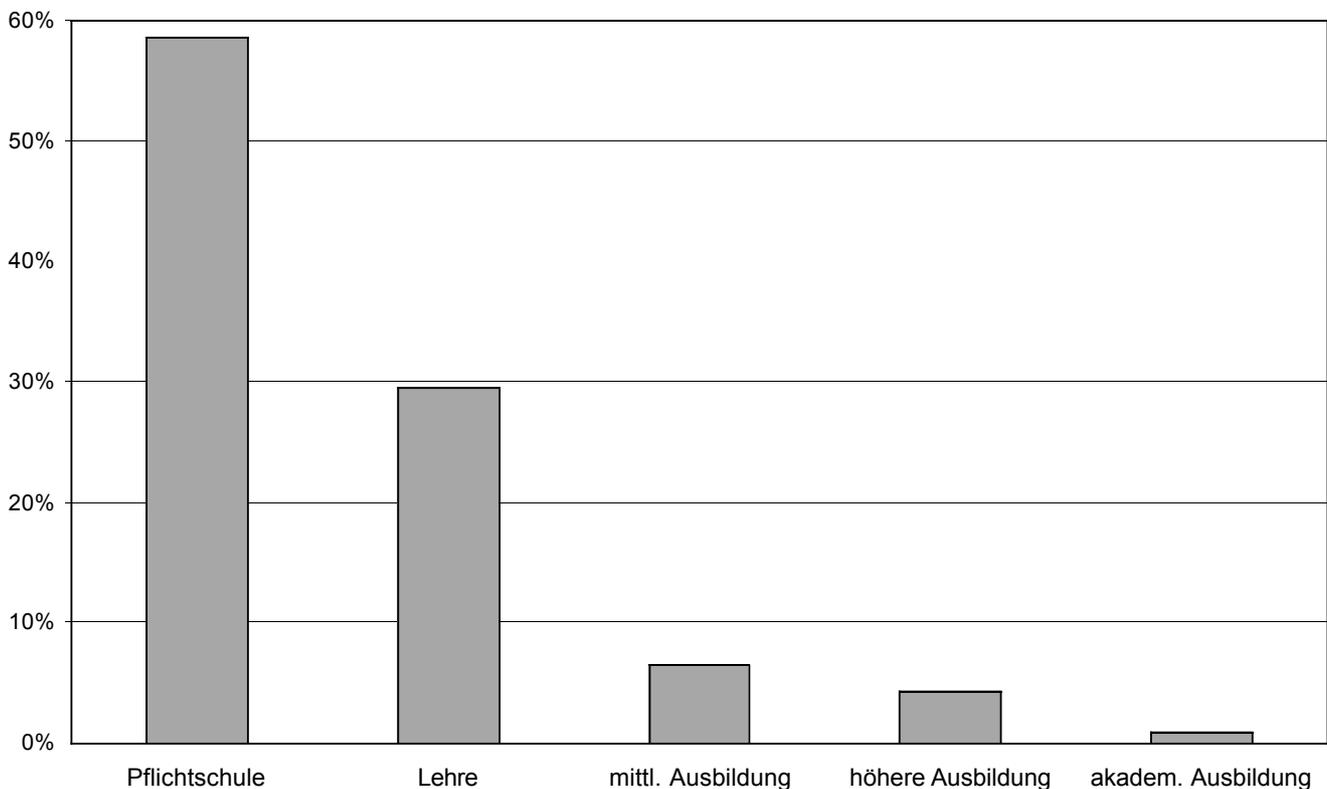
Zielsetzung

Zu den wichtigsten Zielen des AMS OÖ zählen die Verhinderung und die Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit. Das AMS OÖ hat den Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen seit 1994 von 18,7 Prozent auf 0,4 Prozent (2004) gesenkt. Der wichtigste Ansatz für diesen Erfolg ist die aktive Betreuung aller Ar-

beitslosen ab dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit ('Early Intervention'). Sofortige, zumutbare Vermittlungsvorschläge, marktorientierte Qualifizierungsangebote und Beschäftigungsförderung helfen, die Vormerkdauer der Arbeitsuchenden zu minimieren.

„Sozialökonomische Betriebe und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte können eine wirksame Beschäftigungspolitik auf nationaler und EU-Ebene aufgrund ihrer bescheidenen Größe nicht ersetzen“, konstatiert AMS-Landesgeschäftsführer Roman Obrovski. „Sie helfen jedoch, einzelne Personen vor Langzeitarbeitslosigkeit und ihren Folgen zu bewahren. Arbeitslose mit sozialen, psychischen oder physischen Problemen können in diesen Strukturen stabilisiert, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Lebensqualität können verbessert werden. Es sind keine Dauer-, sondern Transitarbeitsplätze.“

Höchste Formalausbildung der TeilnehmerInnen



Umsetzung

Das AMS OÖ kooperiert zur Zeit mit zwölf Sozialökonomischen Betrieben (SÖB) und neun Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBP). Auf den 719 Transitarbeitsplätzen können über das gesamte Jahr 1.100 Personen arbeiten. Die Transitarbeitskräfte sollen durch den Erwerb von Grund- und Zusatzqualifikationen sowie mithilfe einer sozialpädagogischen Betreuung Einstiegsvoraussetzungen für den regulären Arbeitsmarkt wiedererlangen. Sozialökonomische Betriebe bieten marktgängige Produkte und Dienstleistungen an. Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte sind primär auf Dienstleistungen für gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen spezialisiert.

Knapp 60 Prozent der Transitarbeitskräfte verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss (diese und folgende Zahlen aus 2002). Das Verhältnis von Frauen und Männern ist fast ausgeglichen (Männer: 51,5%, Frauen:

48,5%). Das Durchschnittsalter liegt bei 41,5 Jahren. Die durchschnittliche Verweildauer in den Beschäftigungsbetrieben liegt zwischen fünf und sechs Monaten.

Finanzierung

Die Kosten der Transitarbeit trägt zu zwei Dritteln das AMS OÖ und zu einem Drittel das Land OÖ. Zum Teil werden Beschäftigungsbetriebe auch vom Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert. Die Betriebe und Projekte erwirtschaften einen Deckungsbeitrag von mindestens 20 Prozent der Gesamtkosten. Ein Arbeitsplatz in einem Beschäftigungsbetrieb kostet etwa 2.000 bis 2.100 Euro pro Monat. Für 2005 hat das AMS OÖ 11,26 Mio. Euro für Sozialökonomische Betriebe und Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte budgetiert.

Quelle: Medieninformation des Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 11.3.2005

Arbeitslose vertreten sich selbst

KONTRASTE-Interview mit Dietmar Köhler, Obmann des Vereins ArbeitslosensprecherIn

Herr Köhler, worum geht's beim Verein ArbeitslosensprecherIn?

Die Gründungsversammlung des Vereins fand Ende November 2004 bei der Salzburger Armutskonferenz statt. Es handelt sich dabei um eine Dachorganisation von Arbeitsloseninitiativen. Zur Zeit sind fünf Initiativen Mitglieder, und zwar die Wiener Vereine „Zum alten Eisen“, „Am Sand“ und „Igel“ (Interessensgemeinschaft Erwerbsloser), weiters die Arbeitsloseninitiative Kärnten und der Braunauer Verein „So ned“. Grundsätzlich sind wir für alle Arbeitsloseninitiativen offen, außer für jene, die gleichzeitig Kurse für Arbeitslose veranstalten und aus diesem Titel Gelder vom Arbeitsmarktservice (AMS) bekommen, denn diese können dann meines Erachtens nicht mehr politisch unabhängig agieren. Als Dachorganisation ist der Verein ArbeitslosensprecherIn kein Verein, wo sich Leute regelmäßig treffen, unsere Aufgaben sind vielmehr: Unterstützung der lokalen Initiativen bei Öffentlichkeitsarbeit, Rechtsberatung (z.B. was die Zumutbarkeitsbestimmungen betrifft) und dergleichen.

Gibt es auch eine Vernetzung mit ähnlichen Initiativen in anderen EU-Staaten?

Auf europäischer Ebene gibt es einmal im Jahr ein „Treffen von Menschen mit Armutserfahrung“, also eine Art EU-weiter Armutskonferenz. Bei dieser Veranstaltung, die das European Anti Poverty Network (EAPN) organisiert, werden von den Armutsbetroffenen Vorschläge zur Verbesserung der Situation erarbeitet, sie kann insofern als eine Form „gelebter Demokratie“ betrachtet werden. Im Vorjahr waren 180 TeilnehmerInnen aus allen 25 EU-Staaten vertreten, neben direkt Betroffenen auch VertreterInnen von Vereinen und NGOs. Auch heuer findet Anfang Juni wieder eine zweitägige Konferenz statt. So wichtig diese Treffen sind, so sind doch zwei wesentliche Mängel zu beklagen: zum einen die fehlende mediale Aufmerksamkeit, zum anderen das Desinteresse der BerufspolitikerInnen. Die Endberichte der Konferenz werden zwar der jeweiligen Ratspräsidentschaft übermittelt, doch sichtbare politische Konsequenzen werden daraus kaum gezogen.

Hier klingt doch etwas Enttäuschung über die Politik durch...

Früher habe ich große Hoffnungen in die EU gesetzt, jetzt nicht mehr. Meines Erachtens verfolgt die EU zur Zeit andere Ziele, vor allem ökonomische, das Soziale ist nicht vorrangig. Was die EU-Verfassung betrifft, so ist im Sozialbereich nichts individuell einklagbar. Fast der ganze Sozialbereich unterliegt nationalen Entscheidungen. Und die nationalen Aktionspläne (NAPs) sind eine freiwillige Angelegenheit. Im Arbeitslosenbereich herrscht eher „worst practice“ statt „best practice“ - zum Beispiel, wenn ein und dieselbe Person bereits das vierte Bewerbungstraining durchläuft. Das ständige Schielen auf die Statistik, die Tendenz zur Disziplinierung der Arbeitslosen - das ist der falsche Ansatz. Statt dessen sollte auf bestehender Motivation bei den Arbeitslosen aufgebaut werden.

Arbeitslosigkeit ist in der Regel ein temporärer Status. Macht das die (Selbst-)Vertretung nicht mitunter etwas schwierig?

Für die Arbeit des Vereins ArbeitslosenvertreterIn als Dachverband hat dies keinen Einfluss. Aus meiner Erfahrung als Obmann des Vereins Zum alten Eisen, der im Vorjahr sein zehnjähriges Bestehen gefeiert hat, kann ich sagen: Auch diejenigen, die wieder einen Job bekommen, bleiben dem Verein verbunden. Denn das Damokles-Schwert, wieder arbeitslos zu werden, bleibt ja bestehen. Unser zentrales Problem ist vielmehr: Viele Arbeitslose sind aufgrund ihrer Situation frustriert und ziehen sich infolgedessen in ihr Schneckenhaus zurück.

Wie erreichen Sie die Arbeitslosen? Wie erfahren die, dass es Sie gibt?

Hauptsächlich über zwei Schienen: einerseits über Öffentlichkeitsarbeit - Radio, Fernsehen, Zeitung, andererseits über Mundpropaganda, von Leuten, die von uns zufriedenstellend beraten worden sind und dies weiter verbreiten. Vom AMS werden keine Leute an uns weiter vermittelt. Die Beratung ist ein zentraler Teil unserer Arbeit, denn oft werden falsche Schritte gesetzt: zum Beispiel von Betroffenen, die um Invaliditätspension ansuchen, obwohl dies in den meisten Fällen wenig aussichtsreich ist, oder aber von den Behörden, wenn etwa falsche Kurszuweisungen erfolgen. In die-

sen Fällen suchen wir das Gespräch mit den Verantwortlichen, das ist besser als in den Medien „Krach machen“, das kann immer nur der letzte Schritt sein.

Wie war eigentlich Ihr persönlicher Zugang zum Thema Arbeitslosigkeit?

Mein Engagement resultiert aus persönlicher Betroffenheit. Ich bin gelernter Maschinenbauer und war 30 Jahre im Export tätig, ehe ich meinen Job verlor. Dann war ich über sieben Jahre langzeitarbeitslos. Während dieser Zeit wurde ich beim Verein Zum alten Eisen aktiv. Den Verein gab's schon vorher, ich habe dort den Zweig Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut. Dabei, insbesondere bei Diskussionen mit Politikern, musste ich leider feststellen, dass diese das Problem Arbeitslosigkeit in der Regel nicht sonderlich interessiert. Meine Erfahrung ist: Um hier etwas zu bewegen, braucht es den Druck der Öffentlichkeit. Daher ist die Öffentlichkeitsarbeit so wichtig.

In gewisser Weise üben Sie damit auch eine politische Funktion aus...

Ja, aber nicht im Sinne von Berufspolitikern, mir geht's vor allem darum, mehr Demokratie zu realisieren. Das gilt auch für den Verein: Dort haben wir eine Amtszeitbeschränkung auf zwei Jahre festgelegt, eine Wiederwahl ist nur einmal möglich. Das Rotationsprinzip halte ich für sehr wichtig, damit demokratische Strukturen intakt bleiben. Außerdem führt die vorübergehende Übernahme einer Funktion beim Einzelnen zu einer Art Empowerment. Die herrschende Politik folgt eher dem Schumpeter'schen Modell, das Demokratie als Wettbewerb von Eliten auffasst. Das führt aber nur zu oligarchischen Herrschaftsformen.

Für wie realistisch halten Sie die Umsetzung ihrer Ziele? Gibt es Modelle mit Vorbildcharakter in anderen Ländern?

Mitsprache von Betroffenen bei der Arbeitsmarktverwaltung und -politik, so wie wir sie fordern, gibt es meines Wissens in den EU-Staaten nicht. Einzig in den Niederlanden existieren regionale Arrangements, was die Vertretung von Arbeitslosen betrifft. Allerdings ist hier das gesellschaftliche Umfeld anders, vor allem ist die Medienvielfalt größer als in Österreich, deshalb kann über die Öffentlichkeit mehr Druck erzeugt wer-

den. Dass Partizipation grundsätzlich möglich ist, zeigt sich beispielsweise in Porto Alegre in Brasilien, wo die Bevölkerung in kommunalpolitische Entscheidungen eingebunden ist. Nicht zuletzt ist der Grad der Zielerreichung vom Umfang der Aktivitäten der Betroffenen abhängig. Kleine Verbesserungen konnten auch hierzulande erreicht werden: So braucht man nunmehr keine Bankbestätigung mehr, wenn das Arbeitslosengeld auf ein Konto überwiesen werden soll. Eine Fristverlängerung beim Übergangsgeld konnte für Arbeitslose, die kurz vor dem Pensionsantritt stehen, erreicht werden. Diese müssen nun auch nicht mehr unnötigerweise Jobtrainings und Weiterbildungskurse besuchen und können jetzt auch Auslandsreisen während des Bezugs un-

ternehmen. Andere Ziele, etwa dass soziale Rechte individuell einklagbar werden oder die Einführung einer Grundsicherung für alle, sind eher langfristig angelegt. Momentan bewegt sich hier nicht viel - auch was die öffentliche Meinung bzw. die vorherrschende Einstellung gegenüber Arbeitslosen betrifft. Diese hat tiefe Wurzeln: Schon im Mittelalter wurde zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Almosenempfängern unterschieden. Hier wirklich eine Einstellungsänderung herbeizuführen, ist schwierig. Dennoch werden wir nichts unversucht lassen und weiterhin mit Engagement in diese Richtung tätig sein.

Herr Köhler, wir danken für das Gespräch.

Engagement für Erwerbsarbeitslose

Im November des Vorjahres konstituierte sich der Verein ArbeitslosensprecherIn als Dachorganisation für österreichische Erwerbsarbeitsloseninitiativen. Zum ersten Obmann wurde Dietmar Köhler gewählt. Der gelernte Maschinenschlosser begann nach dem Abschluss seiner Ausbildung im Jahr 1962 im Anlagenbau und wechselte 1968 in den Ostexport. Hier war er 30 Jahre lang in leitender Position tätig. Seit sieben Jahren ist Dietmar Köhler erwerbsarbeitslos. Während dieser Zeit begann er sich beim Verein „Zum alten Eisen“ und zuletzt beim Verein ArbeitslosensprecherIn zu engagieren. Durch sein Engagement gilt Köhler als Experte für die vielfältigen Problemlagen, mit denen sich Erwerbsarbeitslose konfrontiert sehen.

Auszüge aus dem **Leitbild für eine/n bundesweite/n ArbeitslosensprecherIn**, beschlossen beim zweiten bundesweiten Treffen der Erwerbsarbeitsloseninitiativen in Linz am 5. Juni 2004:

Wer sind wir?

- * Wir sind oder waren erwerbsarbeitslos. Manche von uns sehr lange, manche kürzer.
- * Wir wissen, wie Erwerbsarbeitslosigkeit schmeckt, riecht, sich anfühlt.
- * Wir sind die ExpertInnen für Erwerbsarbeitslosigkeit, uns qualifiziert die Betroffenheit.
- * Unsere Basis sind die Betroffenen und deren Initiativen in Gemeinden, Städten und Bundesländern.
- * Unsere Vereinsmitglieder sind die regionalen Erwerbsarbeitslosenselbstinitiativen und engagierte Einzelpersonen mit Erwerbsarbeitslosenerfahrung.

Für wen sind wir da?

- * Wir engagieren uns für alle Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.

Unsere Ziele sind:

- * Wir wollen Ausgrenzung und Armut bekämpfen und verhindern.
- * Wir möchten, dass Menschen, die Arbeit haben, unsere Anliegen verstehen und unsere Ziele unterstützen.
- * Wir wollen als ExpertInnen für Erwerbsarbeitslosigkeit alle Maßnahmen, von denen Erwerbsarbeitslose betroffen sind, mitgestalten.
- * Wir vertreten konsequent und überparteilich die Interessen aller Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.
- * Wir bauen eine bundesweite Organisation als gemeinnützigen Verein auf und suchen Partnerschaften auf internationaler Ebene.

Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Österreich

Eine statistische Analyse zeigt, dass der Beschäftigungszuwachs bei den Frauen im letzten Jahrzehnt ausschließlich auf Zuwächse bei Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung zurückzuführen ist.

Seit 1991 wird die Zahl der Beschäftigten nach dem Lebensunterhaltskonzept jeweils nach der selben Abgrenzung erfasst: Als beschäftigt gilt, wer normalerweise mindestens zwölf Stunden pro Woche erwerbstätig ist (vor 1991: mindestens 13 Wochenstunden).

Vollzeitbeschäftigung konstant, Teilzeitbeschäftigung verdoppelt

Demnach ist die Zahl der unselbstständig beschäftigten Frauen in Österreich von 1,1 auf 1,32 Millionen gestiegen, was einem Zuwachs von gut 19 Prozent bzw. von rund 220.000 Personen entspricht. Dieser Zuwachs erfolgte ausschließlich über die Teilzeitbeschäftigung (Normalarbeitszeit: 12 bis 35 Wochenstunden). Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt (von 220.000 auf 440.000). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten war hingegen im Jahr 2003 etwa gleich hoch wie im Jahr 1991 (jeweils etwa 885.000). Die Teilzeitquote der Frauen ist nach dieser Zählung (Lebensunterhaltskonzept) zwischen 1991 und 2003 von 20 auf 33 Prozent angestiegen.

Seit 1994 werden ergänzend dazu auch jene Teilzeitbeschäftigten erfasst, deren normale Wochenarbeitszeit unter zwölf Stunden liegt (Zählung nach Labour-Force-Konzept). Deren Zahl stieg von 50.000 (1994) auf 85.000 im Jahr 2003. Daraus ergibt sich noch ein zusätzlicher Beschäftigungszuwachs im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Unter Mitberücksichtigung dieser Teilzeitbeschäftigten (Normalarbeitszeit: 1 bis 35 Wochenstunden) betrug die Teilzeitquote bei unselbstständig erwerbstätigen Frauen im Jahr 2003 bereits 37 Prozent.

Teilzeitquote seit 2001 über dem EU-Durchschnitt

Seit 2001 liegt die Frauen-Teilzeitquote in Österreich über dem EU-15-Durchschnitt. Inklusive Selbstständige und geringfügig Beschäftigte lag sie in der EU-15 2003 bei 34 Prozent (1994: 30%) und in Österreich bei 38 Prozent (1994: 24,5%).

Zugleich ist auch die Erwerbstätigenquote innerhalb der 25- bis 54-jährigen Frauen zwischen 1994 und 2003 in Österreich stärker gestiegen (+10 Prozentpunkte) als im EU-Schnitt (+7 Prozentpunkte). Im Jahr 2003 lag diese Quote in Österreich mit 79 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt von 68 Prozent (Quelle: Employment in Europe 2004 – Statistical annex).

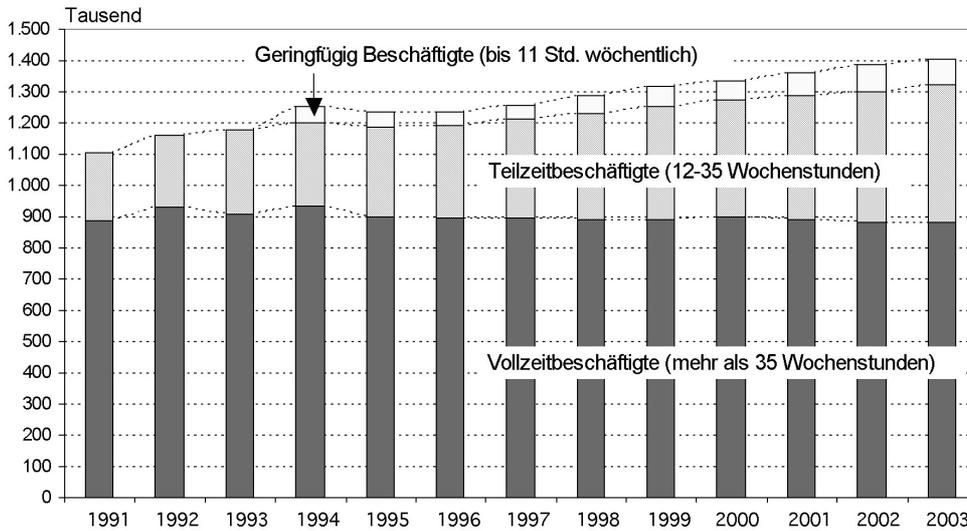
Teilzeitbeschäftigung vor allem bei Frauen mit Kindern gestiegen

Teilzeitarbeit ist vor allem bei Frauen mit Kindern gestiegen. Dies hat in den letzten Jahren auch zu einem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote dieser Frauen geführt. Waren im Jahr 1995 53 Prozent der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig (inklusive Selbstständige), stieg dieser Anteil bis zum Jahr 2003 auf 62 Prozent (Labour-Force-Konzept). Während der Anteil der Vollzeitbeschäftigten leicht rückläufig war, nahm der Anteil der Teilzeitbeschäftigten innerhalb von acht Jahren um 14 Prozentpunkte zu. Einem Rückgang von ca. 30.000 Vollzeitbeschäftigten stand ein Zuwachs von ca. 110.000 Teilzeitbeschäftigten gegenüber. Damit stieg auch die Teilzeitquote von 44 auf 61 Prozent. Im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit ist der Unterschied zwischen Frauen mit und ohne Kinder größer als derjenige zwischen Frauen ohne Kinder und Männern.

Die nachstehende Grafik für das Jahr 2002 beschränkt sich auf die Altersgruppe 25 bis 44 Jahre, da im Mikrozensus unter „Frauen ohne Kinder“ auch Frauen enthalten sind, deren Kinder bereits ausgezogen sind, und daher eine breitere Altersgruppe das Bild stärker verzerren würde. Aus der Grafik ist deutlich ersichtlich, dass vor allem die Familiensituation die Erwerbstätigkeit der Frauen bestimmt. Die Erwerbstätigkeit der Männer wird davon kaum beeinflusst. Im Schnitt ist deren Arbeitszeit sogar etwas länger, wenn Kinder im Haushalt sind.

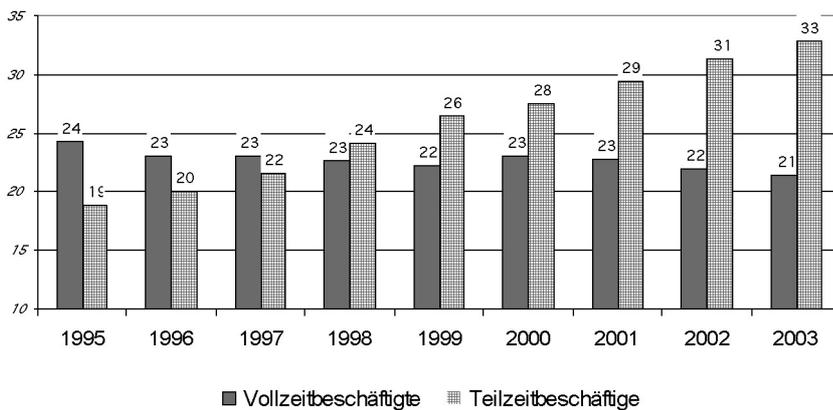
Karl Wörster
AK Wien

Entwicklung der Frauenbeschäftigung 1991-2003



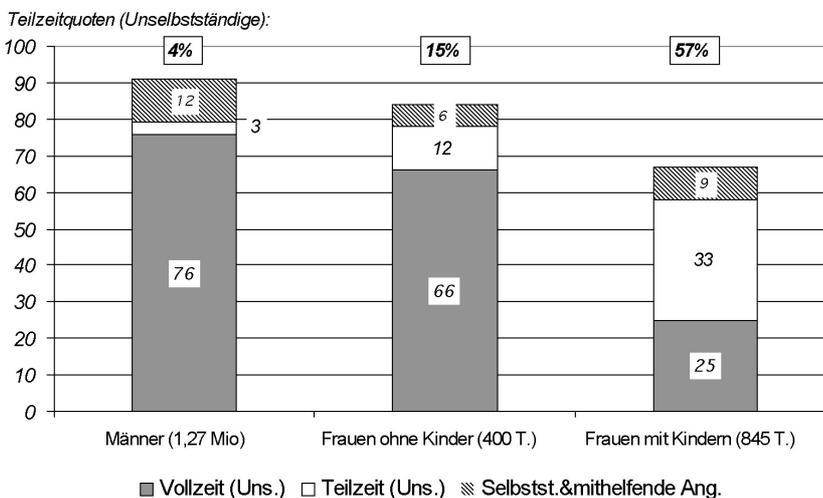
Quelle: Statistik Austria; Mikrozensus

% der Mütter (Kinder unter 15) waren als Unselbstständige voll-/teilzeitbeschäftigt 1995-2003 (Labour Force)



Quelle: Mikrozensus, eigene Berechnungen

% der 25-44Jährigen waren im Jahr 2002 erwerbstätig



Anmerkung:
„Kinder“ = Kinder aller Altersgruppen (im gemeinsamen Haushalt)
Quellen:
Mikrozensus 2002, Labour Force, eigene Berechnungen

Jobfrust weiblich?

Neueste Untersuchungen im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ haben ergeben, dass jede/r zehnte ÖsterreicherIn im Beruf resigniert (hat): belastende Arbeitssituation, kaum Aufstiegschancen, das Gefühl, nichts wirklich Sinnvolles zu tun. Besonders betroffen sind ältere ArbeitnehmerInnen, schlecht Ausgebildete, BerufseinsteigerInnen und insgesamt Frauen stärker als Männer.

Auffallend ist, dass männliche Arbeiter mit 9,6 Prozent völlig Frustrierter in etwa im Durchschnitt der Beschäftigten liegen, ArbeiterInnen mit 16,1 Prozent deutlich darüber. Sparten, in denen die Unzufriedenheit besonders hoch ist, sind typisch weibliche Berufsfelder wie Einzelhandel und Fremdenverkehr, aber auch der Lehrberuf: LehrerInnen haben einen deutlich höheren Frustrationsindex als Lehrer. Daraus lässt sich schließen, dass es noch andere Ursachen als die Jobsituation an sich geben muss: Zwar haben Männer im Schulbereich noch immer bessere Aufstiegschancen, aber Arbeitserfordernisse (einschließlich schwieriger SchülerInnen), Arbeitsklima und Arbeitseinkommen weisen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede auf. Die Doppel- und Mehrfachbelastung von Frauen spielt hier sicherlich eine wesentliche Rolle.

Dabei sind LehrerInnen aufgrund der speziellen arbeitsrechtlichen Situation im öffentlichen Dienst wenigstens abgesichert: im Gegensatz zur Privatwirtschaft, in der immer mehr Frauen entweder von Arbeitslosigkeit oder vom Druck zu unfreiwilliger Teilzeitarbeit bzw. geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen bedroht sind: Vielfach unter dem Schlagwort Flexibilisierung, die angeblich Arbeitsplätze sichert und schafft. Für wen? Für diejenigen, die bereit sind oder sein müssen, wiederum "Zeitlücken", mehr oder weniger auf Abruf, auszufüllen... Dazu passt, dass einer aktuellen OGM-Studie zufolge 30 Prozent der ÖsterreicherInnen bereit wären, für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes auf Lohnanteile zu verzichten. In Anbetracht der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen (zwischen 25 und 40 Prozent je Sparte) kaum vorstellbar: und wenn man dann noch weiß, dass 28 Prozent aller Alleinerzieherinnen trotz Job als armutsgefährdet gelten: Wie verhält sich da wohl Arbeitslust zu Arbeitsfrust?

Irene Dyk

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erstabdruck in: Aktion 2/05

Sozialstaat ist leistbar

Bei der gemeinsamen Enquete von ORF Oberösterreich und Caritas OÖ wurden zentrale Fragestellungen zur künftigen Ausgestaltung des österreichischen Sozialsystems diskutiert.

„Die soziale Frage ist längst keine Frage mehr, die Randgruppen betrifft, sondern sie ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, so Mathias Mühlberger, Direktor der Caritas Oberösterreich, in seinem einleitenden Statement zur Enquete, die Anfang Februar im ORF Landesstudio Linz stattfand.

Jarre: Finanzierbarkeit des Sozialsystems ist eine Frage des politischen Willens

„Was leisten wir uns?“ war die Frage, die im Titel der Veranstaltung gestellt wurde. Dirk Jarre, Vize-Präsident des International Council of Social Welfare in Brüssel, stellte die Frage anders: „Können wir es uns leisten, substanziell weniger in das Soziale zu investieren?“ Es

sei eine Frage der gesellschaftlichen Prioritäten, des politischen Willens und des Überlebens unserer europäischen Gesellschaft.

Entscheidender Aspekt des Europäischen Gesellschaftsmodells sei es, dass wirtschaftliches Handeln mit sozialer Verantwortung kombiniert werde. Dieses Modell sei „massiv unter Druck“, wir sollten aber an die Qualität dieses Sozialmodells glauben. „Investitionen in Bildung, Gesundheit und in den Sozialschutz stellen einen ganz wesentlichen produktiven Faktor dar und sind letztlich Grundvoraussetzung für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg“, so Jarre. „Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen letztlich gemeinsame Ziele.“

Guger: Reform der Finanzierung des Sozialsystems notwendig

Alois Guger vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO betonte in seinem Referat, dass die Investitionen im Bildungsbereich bereits in der vorschulischen Phase ansetzen müssten. Nur dadurch sei das „Phänomen der sozialen Vererbung“ zu bekämpfen. Für den universellen Wohlfahrtsstaat spreche die Erfahrung der skandinavischen Staaten. Finnland und Schweden zählten trotz höchster Sozialstandards zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern. Gugers Resümee: „Wir können uns eine bessere soziale Absicherung leisten!“ Es sei jedoch eine Reform der Finanzierung der Sozialsysteme notwendig. Guger fordert in dieser Hinsicht geringere Lohnabhängigkeit und progressive Besteuerung – auch in Form einer Vermögensbesteuerung. Eines unserer größten Probleme sei es, dass nicht mehr an die Gestaltbarkeit des Wirtschaftssystems geglaubt werde und diese Gestaltung auf europäischer Ebene zu wenig wahrgenommen werde.

Beutelmeyer: Bevölkerung wünscht keine weiteren Einsparungen bei Sozialleistungen

Dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik vor allem auf europäischer Ebene weitgehend fehlt, berich-

tete Werner Beutelmeyer vom Meinungsforschungsinstitut „market“. Die Ergebnisse einer aktuellen Studie zum Thema Sozial- und Wohlfahrtsstaat zeigen, dass die oberösterreichische Bevölkerung dem österreichischen Sozialsystem teilweise sehr kritisch gegenübersteht.

Auf die Frage, wie gut das österreichische Sozialsystem funktioniere, antworten nur 21 Prozent mit „sehr gut“. Nicht einmal jeder Dritte ist mit der sozialen Absicherung zufrieden. Skepsis besteht auch gegenüber einem Gesamt-Europäischen Sozialmodell: Für die Hälfte der Befragten kommen einheitliche Standards für die gesamte EU nicht in Frage, da sie befürchten, dass das österreichische Sozialsystem darunter leiden würde. Ein Viertel der befragten OberösterreicherInnen kann sich hingegen eine gemeinsame Sozialpolitik vorstellen, aber nur, wenn es dadurch zu keinen Abstrichen bei den bisherigen Sozialleistungen kommt. Generell wünschen sich die Befragten keine weiteren Einsparungen in der Sozial- und Gesundheitspolitik, gekürzt werden soll eher bei der Außenpolitik sowie der Wirtschafts- und Verkehrspolitik.

Quelle: Mediendienst der Caritas OÖ, 3.2.2005



Diskutierten in Linz über die Zukunft des Sozialsystems (v.l.n.r.): Dirk Jarre, International Council of Social Welfare; Alois Guger, Wirtschaftsforschungsinstitut; Werner Beutelmeyer, Market-Institut; Mathias Mühlberger, Caritas OÖ.

Betreuung von Personen mit Demenz – Pflegermodelle in Diskussion

In Österreich gibt es rund 100.000 an Demenz erkrankte Menschen und etwa viermal so viele betroffene Angehörige – allein diese Zahlen signalisieren, dass das Thema Demenz eine große Herausforderung für die österreichische Gesundheits- und Sozialpolitik darstellt. Die Bedürfnisse von dementen Menschen und deren Angehörigen standen im Mittelpunkt der ÖKSA-Jahrestagung 2004, deren Dokumentation nunmehr vorliegt. Behandelt werden insbesondere Themenbereiche wie die Bedeutung der Angehörigen im Behandlungsprozess, die Belastbarkeit pflegender Angehöriger, die Finanzierung und Bereitstellung von flächendeckender Beratung und psychosozialen Entlastungsangeboten sowie die sozialrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger. Zu Wort kommen RepräsentantInnen der Politik und der Verwaltung ebenso wie SozialwissenschaftlerInnen, Juristen, Ärzte und VertreterInnen von NGOs und Pflegeeinrichtungen.

ÖKSA-Präsident Michael Chalupka zufolge lassen sich bei den ExpertInnen zwei Denkschulen feststellen: eine durch die Medizin geprägte und eine, die das Soziale in den Mittelpunkt stellt. Dass eine Einbindung der Medizin unerlässlich ist, zeigen nicht zuletzt die internationalen Beiträge des Bandes. Die vorgestellten Best-Practice-Modelle aus Deutschland, Großbritannien und der Schweiz machen jedoch auch deutlich, dass innovative Konzepte der Pflege den drängenden Herausforderungen insbesondere dadurch gerecht werden können, indem sie auf die Bedürfnisse der Betroffenen aus ganzheitlicher Sicht eingehen.

*Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit (Hg.):
"Demenz – Pflegende Angehörige"
Erhältlich zum Preis von EUR 10,- im ÖKSA-
Sekretariat, Geigergasse 5-9, 1050 Wien
Tel. 01/548 29 22; Mail: oeksa@netway.at*

Musterkollektivvertrag für den Gesundheits- und Sozialbereich

Der im soeben erschienenen Band von Leibetseder et al vorgestellte Musterkollektivvertrag wurde in einer Ent-

wicklungspartnerschaft im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL zur Bekämpfung von Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt entwickelt. In diesem Projekt arbeiteten ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenvertretungen gemeinsam mit ExpertInnen aus den Bereichen Sozialmanagement, Gesellschafts- und Sozialpolitik sowie Arbeitsrecht an der Erforschung und Weiterentwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen für den Gesundheits- und Sozialbereich.

Der vorliegende modellhafte kommentierte Musterkollektivvertrag soll eine Grundlage für zukünftige "reale" Prozesse der Verhandlung und Gesetzgebung bilden. Er bietet VerhandlerInnen von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen und allen an Arbeitsrecht im Gesundheits- und Sozialbereich Interessierten Information über Hintergründe und Problemstellungen sowie modellhafte Lösungsansätze zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen, vor allem im NGO/NPO Bereich. Der "Muster-KV" soll weiters eine Basis für die Implementierung von Gender Mainstreaming-Anliegen sein und somit ein Schritt in Richtung diskriminierungsfreier Arbeitsbedingungen und gerechter Löhne im Gesundheits- und Sozialbereich.

Den Ausgangspunkt bildeten Erhebungen zum Ist-Zustand der Regelungen in Österreich im europäischen Vergleich und Interviews mit Betroffenen und ExpertInnen auf ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite, in denen auch die voraussehbaren Entwicklungen der nächsten Jahre thematisiert werden. Der Hauptteil des Buches befasst sich mit dem in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Grazer Arbeitsrechtlers Günther Löschnigg entwickelten Musterkollektivvertrag. Die unterschiedlichen Interessenslagen der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenvertretungen spiegeln sich in deren Stellungnahmen und Gutachten zum vorliegenden "Muster-KV" wider, die ebenfalls im Band enthalten sind. Die Auswirkungen der angewandten innovativen Techniken der Prozessbegleitung werden im letzten Beitrag dargestellt.

*Leibetseder/Lindner/Lion-Schwameis/Löschnigg/
Philipp/Resch/Schmid/Stelzer-Orthofer:
Musterkollektivvertrag für den österreichischen
Gesundheits- und Sozialbereich
ÖGB Verlag, Wien 2005, 216 Seiten, EUR 21,-*

2. IBK-Symposium für Gesundheitsförderung und Prävention

Die Internationale Bodenseekonferenz verleiht zum zweiten Mal den IBK-Preis für Gesundheitsförderung und Prävention. Im ersten Jahr wurden Projekte gesucht, die andere Fachleute und Interessierte zu eigenen Aktivitäten anregen und den Austausch fördern. Dieses Jahr wird erstmals auch ein IBK-Förderpreis für ein Projekt im Themenbereich Gesundheitsförderung und Prävention vergeben. Die für die Preise nominierten Projekte werden im Rahmen des 2. IBK-Fachsymposiums für Gesundheitsförderung und Prävention vorgestellt. Dieses Symposium stellt eine internationale Plattform zum Thema Gesundheitsförderung für Politiker/-innen, Fachleute und interessierte Personen aus dem Bodenseeraum dar. Das Programm bietet Referate zu den Themen Gesundheitsförderung und Prävention.

Termin und Ort: Mittwoch, 11. Mai 2005, Festspielhaus Bregenz
Anmeldung: Tel: 05523 / 52176-12, Fax: 05523 / 52176-21, E-Mail: ifs@ifs.at

Alle Teilnehmer/-innen erhalten nach ihrer Anmeldung eine Bestätigung und eine genaue Wegbeschreibung. Die Teilnahme ist kostenlos. Informationen zum Programm und Anmeldung auch unter **www.ifs.at**

Internationale Fachtagung STEP 2005

Der Wiener Stadtentwicklungsplan 2005 (STEP 05) ist in seiner finalen Phase. Im Frühsommer 2005 soll er dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der STEP 05 ist in einem intensiven Dialog mit ExpertInnen und interessierten BürgerInnen entstanden. In dieser Tradition steht auch die abschließende "Internationale Fachtagung STEP 2005. Mit Gästen aus europäischen Städten wie Bratislava, Zürich, Barcelona, Paris, Berlin oder Hamburg werden aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung und die Rolle von Stadtentwicklungsplänen (auch im EU-Kontext) diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Prinzipien regionale Kooperation, Gender Mainstreaming, Partizipation und Umsetzung gewidmet.

Termin und Ort: 23. Mai 2005, Tech Gate Vienna, Donau-City-Straße 1, 1220 Wien

Die Teilnahme an dieser gangztägigen Veranstaltung (voraussichtlich 9.00 - 17.30 Uhr) ist mit keinen Tagungsgebühren verbunden. Voranmeldungen sind erbeten an **wag@m18.magwien.gv.at**.

Ökonomie und Gesundheit – Lösbare Herausforderung oder dauernder Widerspruch?

7. - 8. Juni 2005, St. Pölten

Die dritte Werkstatt Gesundheit & Soziale Sicherheit beschäftigt sich mit dem Thema der Ökonomie im Gesundheitswesen. Beiträge dazu kommen von Plenar-Referenten aus universitärer Sicht. Impuls-Referenten, großteils aus der österreichischen Sozialversicherung, legen die Sichtweise der Praktiker dar. Vernünftige Steuerungsmöglichkeiten in Richtung einer vertretbaren Gesamtökonomie des Gesundheitssystems sollen vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen an der Weggabelung zwischen Rationierung und Rationalisierung gefunden werden.

Nähere Informationen zur Veranstaltung:

Mag. Bibiana Göbl, NÖ Gebietskrankenkasse, Dr. Karl Renner Promenade 14-16, 3100 St. Pölten
Mail: bibiana.goobl@noegkk.sozvers.at, Tel.: 02742 / 899-5201

KONTRASTE

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz. Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger: Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz, Tel.: ++43 (0)732/2468-7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/kontraste.php>

Abo-service, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: ++43 (0)732/2468-7161; Fax DW 7172

Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer, Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Univ. Prof. Dr. Irene Dyk, a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Abonnements:

Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30

Gratis Probeabo für drei Monate*; Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

* Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453